

Sand im Getriebe 21

Der Rundbrief „Sand im Getriebe“ ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

rtf/.pdf-Version unter www.attac.de/rundbriefe •

html-Version unter www.attac-austria.org/sig/sig.php

email an die Redaktion: sig@attac.de

AUF NACH ■ 28. MAI - 3. JUNI 2003 Seite:

Grenzüberschreitend: Die Redaktion von „Sand im Getriebe“ stellt sich vor 1

Wasser ist Leben

Wasser für alle statt Evian, Thomas Fritz 2
Wassermanifest des Alternativen Wasserforums in Florenz, März 2003 4
Startet kommunale Bürgerentscheide für das Trinkwasser!, Deutsches Sozialforum 9
Kein Wasser für die Palästinenser, AG Palästina, Attac Hamburg 10

Israel vor dem Scheideweg

Israel und das neue Paradigma der Globalisierung 11
Um Mitternacht ein Klopfen, Uri Avnery 15
Antizionismus ist nicht Antisemitismus, Michael Warschawski 16
Europäische Juden fordern Sanktionen gegen Israel, März 2003 19
Erklärung der „Europäischen Juden für einen gerechten Frieden“ 19
Uri Avnery zur „Roadmap“ 20

Beutezug gegen den Irak

Irak nach dem Krieg: Ein Modell für Privatisierung?, Philip Mattera 21
Die Schulden des Iraks, Eric Toussaint (CADTM) 22

Rettung des Gesundheitswesens durch Wettbewerb?

Ver.di Stuttgart gegen ver.di Bund 24

Grenzüberschreitend: Die Redaktion von „Sand im Getriebe“ stellt sich vor

Seit Dezember 2002, nach einer dreimonatigen Pause und versehen mit einem Mandat vom Attac-Rat, gibt es einen Neu-Start von „Sand im Getriebe“. Peter Strotmann (Berlin) und Marie-Dominique Vemhes(Hamburg) – beide ATTAC-D – hatten die Redaktion von „Sand im Getriebe“ übernommen. Jetzt haben zwei Attacies aus Österreich (Barbara Waschmann und Claus Faber) und zwei Attacies aus der Schweiz (Alessandro Pelizzari und Karin Vogt), ebenfalls versehen mit einem Mandat ihrer Organisationen, diese Mini-Redaktion erweitert. Damit ist eine gute Grundlage dafür geschaffen, dass „Sand im Getriebe“ für den gesamten deutschsprachigen Raum die ATTAC-Bewegung mit Texten unterstützt. Auf einer Redaktionskonferenz am 25.4. (anlässlich des ESF-Vorbereitungstreffens in Berlin) haben wir u.a. Folgendes für die Arbeit der Redaktion beschlossen:

1. Arbeitsbereiche

Wir sehen drei Arbeitsschwerpunkte:

Einmal geht es um die **Internationalität**, also um den Blick über die (Sprach)grenzen hinaus. Unser Ziel ist es, über die Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung in den verschiedenen Kontinenten zu berichten; andere Erfahrungen, Sichten und Analysen über die neoliberale Globalisierung darzulegen; die ATTAC-Organisationen vorzustellen und über internationale Kampagnen zu informieren. Wir hoffen, damit einen Beitrag zur Entfaltung einer weltweiten Solidarität leisten zu können und auch die vielfältigen Debatten der internationalen ATTAC-Bewegung für uns alle fruchtbar zu machen. Wer www.attac.org anklickt, wird feststellen können, dass es bei ATTAC vier weitere elektronische Zeitschriften gibt: Die

französische „grain de sable“ (zweimal pro Woche), die englische „sand in the wheels“ (wöchentlich), die italienische „granello de sabla“ (wöchentlich) und die spanische „grano de arena“ (14tägig). Wir können dadurch auf viele Artikel zurückgreifen und erhalten eine wunderbare Hilfe durch das Coorditrad-Team, den ehrenamtlichen ÜbersetzerInnen.

Zum anderen geht es um die **theoretische Unterfütterung** der globalisierungskritischen Bewegung. Dazu haben wir unter anderem begonnen, Verbindungen zum wissenschaftlichen Beirat von ATTAC-D und Pendants in Österreich und der Schweiz zu knüpfen.

Zum dritten wollen wir **über politische Auseinandersetzungen, über unterschiedliche Strömungen, über Kampagnen und Aktivitäten der ATTAC-Bewegung – lokal und national** – berichten. Wir hoffen, damit zur Klärung der vielfältigen strategischen und taktischen Fragen beizutragen, vor denen die Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung steht.

2. Vielfalt und Qualität

Methodisch achten wir bei der Auswahl der Artikel auf die Vielfalt der Standpunkte und –bisher sicherlich noch keineswegs überall erreicht – auf die Qualität der Beiträge.. Die Redaktion von „Sand im Getriebe“ arbeitet als Teil der internationalen ATTAC-Bewegung. Sie sucht vielfältige Veröffentlichungsvorschläge und entscheidet selbst über die Auswahl der Texte.

3. Veröffentlichungsmodus

Auf mittlere Sicht und abhängig von unserem ehrenamtlichen Zeitbudget wollen wir unseren Veröffentlichungsmodus so verändern, dass sowohl das Bedürfnis nach Aktualität als auch das nach Analysematerial befriedigt wird.

In kürzeren Abständen, und mit einem deutlich kleineren Umfang als bisher (etwa 12 Seiten) soll SiG mit aktuellen Beiträgen erscheinen. Zum einen wollen wir diese Texte aus den anderen elektronischen Newslettern entnehmen; zum anderen aus den verschiedenen Arbeitszusammenhängen von ATTAC-DE, ATTAC-AU; ATTAC-CH. Diese Seiten werden als .rtf- und .pdf- und .html-Dateien, aber auch als „Plain Text“ angeboten.

Einmal im Monat soll eine Sondernummer von SiG erscheinen zu einem thematischen Schwerpunkt mit längeren Analysenartikeln. Umfang: 32 bis 40 Seiten. Angeboten werden .rtf- und .pdf-Dateien und – zu abonnieren beim Frankfurter Büro - eine Druckausgabe.

Die erste Sondernummer (Ende Mai) wird sich mit den Alternativen zum G8-Treffen in Evian befassen – welches Europa wollen wir?

Wir hoffen, Spaß an der Erkenntnis und Lesevergnügen vermitteln zu können und freuen uns auf Rückmeldungen (sig@attac.de)!

Die SiG-Redaktion, Anfang Mai 2003

Wasser für alle statt Evian! Der G8-Gipfel, das Wasser und der Kommerz

Thomas Fritz, Attac AG Welthandel und WTO

Im Jahr 1789 machte der nierenkranke Marquis de Lessert auf einem seiner Spaziergänge durch das französische Evian auf dem Grundstück des Monsieur Cachat Rast. Seinen Durst löschte er an der dort sprudelnden Quelle. Der Geschmack des Wassers sagte ihm ausserordentlich zu, so sehr, dass er beschloss, es regelmäßig zu trinken. Als sich kurz darauf sein Nierenleiden besserte, kannte sein Lob keine Grenzen. Rasch verbreitete sich die frohe Kunde von der heilenden Kraft des Evianer Wassers und auch Ärzte begannen es zu verschreiben. Monsieur Cachat wiederum witterte die Chance seines Lebens, errichtete einen Zaun um den Quell und betätigte sich fortan im Verkauf „seines“ Wassers. Diese innige Verknüpfung von Wasser und Kommerz prägt auch heute noch den am Genfer See gelegenen Kurort Evian-les-Bains.

Gipfel des Kommerzes

Wenn nun die Gruppe von acht mächtigen Regierungschefs vom 1. bis 3. Juni ihren Weltwirtschaftsgipfel in Evian abhält, wird ein weiteres Beispiel der Kommerzialisierung des Wassers zu bewundern sein, diesmal angereichert um den Filz zwischen hoher Politik und privatem Kapital. Der französische Präsident Jaques Chirac kündigte an, seine Regierung werde die Menschheitsfrage des Wassers auf die Tagesordnung des Gipfels setzen. Dem Versprechen des Johannesburg-Gipfels, die Anzahl der Menschen ohne Zugang zu

sauberem Trinkwasser bis zum Jahr 2015 zu halbieren, müssten Taten folgen. Zu diesem Zweck solle jedes Land „einen aggressiven Aktionsplan entwickeln“, so Chirac.

Dazu bedarf es nach Ansicht des Präsidenten vor allem der Förderung von „Partnerschaften“ mit „Herstellern und Investoren“. Schließlich gebe es einen immensen Investitionsbedarf, der von den öffentlichen Händen unmöglich geschultert werden könne. Die Freunde der „public private partnerships“ finden sich mittlerweile in fast allen politischen Lagern, vom „schwarzen“ Jacques bis zur „roten“ Heidi. Dass gerade Jacques Chirac sie propagiert ist nicht etwa philanthropischen Neigungen geschuldet, sondern vitalen nationalen Interessen. Von Frankreich aus betreiben die beiden größten Wasserversorger der Welt das Geschäft mit dem „blauen Gold“: Suez und Vivendi. Während Suez weltweit bereits 115 Millionen Kunden mit Wasser versorgt, kassiert Vivendi bei 110 Millionen Leuten ab. Schon an dritter Stelle rangiert die deutsche RWE, deren Wassersparte seit der Übernahme der britischen Thames Water rund 43 Millionen Kunden zählt.

Die Privaten: ineffizient, intransparent und unsozial

Immer zahlreicher jedoch werden die Beispiele gescheiterter Privatisierungen. Als besonders hohl erweist sich dabei die

Phrase von der Effizienz der Privatwirtschaft. Beispiel Großbritannien: Statt zu investieren, verringerten die dortigen Versorger nach der Privatisierung einfach den Wasserdruck in den Rohren. So konnten die Wasserverluste reduziert werden, ohne die vorhandenen Lecks zu stopfen. Genauso fragwürdig ist die Behauptung, „public private partnerships“ in Entwicklungsländern nützten vor allem den Armen. Investiert wird vornehmlich in Städten mit vor- handener Infrastruktur, und dort am liebsten in den wohl- habenderen Stadtvierteln. Das private Profitmotiv verlangt nun einmal nach zahlungskräftiger Nachfrage. Auch RWE kaufte sich hauptsächlich in die Wasserwerke großer Städte wie Izmit, Jakarta oder Bangkok ein. An den Bedürftigen gehen diese Investitionen aber weitgehend vorbei. Vernach- lässigt bleiben die Armensiedlungen, die Landbevölkerung und die aufwendigere Klärung von Abwässern.

Als Farce entpuppt sich zudem die Rede von der Mobili- sierung privater Mittel. Nach wie vor investieren Konzerne nur dann im Süden, wenn ihnen die Geschäftsrisiken z.B. durch Gewinngarantien weitgehend abgenommen werden. Gerne greifen sie dabei auch die öffentlichen Gelder ab, die dann womöglich für die Finanzierung kostengünstiger Alternativen fehlen. Beispiel Berlinwasser International (BWI): 10 Millionen DM investierte BWI in die Wasserversorgung der albanischen Stadt Elbasan. Der Löwenanteil kam jedoch vom deutschen Entwicklungs- ministerium, das einen Kredit an Albanien in Höhe von 23 Millionen DM beisteuerte. Der Nebeneffekt: Sollte Albanien in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, schnappt die Schuldenfalle zu. Wieviel überhaupt investiert wird bleibt meist völlig im Dunkeln, denn die Firmen bestehen auf Geheimhaltung der Privatisierungsverträge. Wohlgemerkt: Obwohl beträchtliche Steuermittel in diese Vorhaben fließen, wird öffentliche Kontrolle bewusst unterbunden.

GATS: Privatisierung for ever

Die höchste Stufe des Privatisierungswahns erklimmen die politisch Verantwortlichen nun in der aktuellen Neuver- handlung des WTO-Dienstleistungsabkommens GATS. Wie erst vor wenigen Wochen bekannt wurde, fordert die EU von 72 Staaten die radikale Öffnung ihrer Wassermärkte. Sollten die betroffenen Entwicklungsländer den EU-Forderungen Folge leisten, geriete ihr Wassersektor nicht nur unter wei- teren Privatisierungsdruck, sie müssten darüber hinaus auf wichtige staatliche Regulierungen verzichten. Ressourcen- schutz, Preisobergrenzen, Mindestanforderungen für Instand- haltungsinvestitionen, Quersubventionierungen, gestaffelte Tarife oder Auflagen zum Anschluss der Armenviertel: Jegliche staatliche Maßnahme liefe Gefahr, einem so genannten „Notwendigkeitstest“ der WTO-Richter zum Opfer zu fallen. Schlimmer noch: die Vertragskündigung nach einer gescheiterten Privatisierung würde als illegale Enteignung begriffen und könnte empfindliche Handels- sanktionen nach sich ziehen.

Angesichts dessen erweisen sich die entwicklungs- politischen Bekenntnisse von EU-Kommission und Bundes- regierung als pure Rhetorik. So behauptete Entwicklungs- ministerin Heidemarie Wiecezoreck-Zeul, der „Kernbereich staatlicher Daseinsvorsorge kann und darf im Verhandlungs-

prozess nicht zur Disposition gestellt werden“. Nun gehört die Trinkwasserversorgung aber zweifelsfrei zum Kernbereich der Daseinsvorsorge und war zudem bisher noch gar nicht als eigenständige Kategorie im GATS erfasst. Die nun von der EU in der WTO forcierte Wasserliberalisierung wäre ein Dambruch, der so bisher noch nicht einmal im Europäischen Binnenmarkt erfolgte.

Evian: Flasche statt Leitung

Manche Unternehmen haben sogar ein dezidiertes Interesse daran, dass die Wasserversorgung in vielen Ländern schlecht und mangelhaft bleibt. Eines davon lernt kennen, wer die Webseite des Städtchens Evian anklickt (www.evian.fr). Besucher werden dort mit dem Logo der gleichnamigen Mineralwassermarke begrüßt und können sich über „10 Gründe, Evian zu trinken“ informieren. Links verweisen auf den Besitzer dieses meistverkauften Mineral- wassers der Welt, den französischen Lebensmittelmulti Danone. Im Jahr 2001 verdrängten die Franzosen ihren schärfsten Konkurrenten Nestlé von seinem Spitzenplatz bei abgefülltem Wasser. Der Weltmarktanteil Danones liegt bei 13%, Nestlés Anteil bei 12%. Aufschlussreich ist die Lektüre der Wasserstrategie Danones. Dort heißt es, dass der wesentliche Grund für den Kauf von Flaschenwasser die Sorge um die Qualität des Leitungswassers sei. Die einfachste Möglichkeit, den Absatz von Evian und anderen Marken anzukurbeln, bestehe folglich darin, die KonsumentInnen weg von der Leitung und hin zur Flasche zu locken. Naheliegend also, dass die Produktwerbung mehr oder minder suggestiv Zweifel an der Qualität des Leitungswassers streut.

Seit 1996 ging Danone international auf Einkaufstour und beteiligte sich an zahlreichen Wasserherstellern. In Asien und Lateinamerika ist die Firma seither die Nr. 1, in Nordamerika und Europa die Nr. 2. Mit besonderem Stolz blicken die Franzosen auf ihre dominante Stellung im Wachstumsmarkt China. Kehrseite der sprudelnden Gewinne aber: Die Wasserkrise spitzt sich besonders in den Entwicklungsländern weiter zu. Denn mit der Ausbreitung von Flaschenwasser droht nicht nur eine weitere Vernach- lässigung der öffentlichen Versorgung, sondern auch eine Überausbeutung der Quellen durch die Abfüller. Und die ärmsten Menschen sitzen weiter auf dem Trockenen. Sie können sich auch die verpackten Wässer nicht leisten.

Gipfel des Protests

Wie kaum ein anderer Ort symbolisiert Evian die Kommerzialisierung des Wassers. Mit der Entscheidung, die acht „Herrscher der Welt“ ausgerechnet hier über die Lösung der Wasserkrise parlieren zu lassen, hat Frankreich sich einmal mehr als Wiege der Aufklärung empfohlen. Aufklä- rung darüber, dass im globalisierten Kapitalismus einfach jedes Gut zur Ware wird. Wer sich damit aber nicht abfinden will, sollte sich den Protesten gegen die G8 anschließen. Und das nicht nur in Evian, sondern auch im wenige Kilometer entfernten Genf, dem Sitz der WTO, wo die GATS- Verhandler just dabei sind, die letzten Grenzen der Privatisierung des Wassers einzureißen.

Florenz, 21.-22. März 2003: Erstes ALTERNATIVES WELTWASSERFORUM

Ein Aktionsprogramm: Das Recht auf Wasser für Alle

A. DIE WASSERPOLITIK, DIE WIR BEKÄMPFEN

Seine Hauptakteure:

Die Weltbank, die privaten Wasserkonzerne (Vivendi Environment, Suez, RWE, Thames Water, Southern Water, Saur Buguyes, Bechtel ACEA, Aguas de Barcelona ...) und die von ihnen 1996 gegründeten Einrichtungen: der Weltwasserrat (Veranstalter des Weltwasserforums), die Global Water Partnership, unterstützt von den Fachorganisationen der Vereinten Nationen.

Die von den für die Globalisierung der kapitalistischen Marktwirtschaft verantwortlichen sozialen Gruppen betriebene Wasserpolitik stützt sich auf drei Grundsätze:

1. Wasser soll grundsätzlich als ein Wirtschaftsgut betrachtet werden ("Wirtschaft" im Sinn der Grundsätze der kapitalistischen Marktwirtschaft). Wasser kann genauso wie Erdöl, Getreide und andere Waren verkauft, gekauft, getauscht werden;

2. der Zugang zu Wasser ist ein lebenswichtiger Bedürfnis, aber kein Menschenrecht. Für die Befriedigung dieses Bedürfnisses ist jedes Individuum für sich allein verantwortlich. Die Menschen sind Verbraucher/Kunden eines Gutes/Dienstes, zu denen sie mittels der Marktmechanismen Zutritt erhalten sollen. In den reichen Ländern ist es Aufgabe des Staates, geeignete soziale Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass offenkundige Rechnungen einkommensschwacher Menschen den Wasserversorgungsbetrieben beglichen werden;

3. Wasser soll als ein kostbarer Bodenschatz betrachtet werden ("das blaue Gold"). Es wird immer knapper und deswegen strategisch bedeutsam werden. Die "eigenstaatliche" Wassersicherheit ist ein zentrales politisches Problem. Konflikte um konkurrierende alternative Nutzungen innerhalb und zwischen Ländern werden an Häufigkeit zunehmen und sich ausweiten.

Anlässlich des vom Weltwasserrat organisierten dritten Weltwasserforums in Kyoto haben die Regierungsvertreter, die Fachorganisationen der Vereinten Nationen und transnationale Konzerne erneut betont, dass die Wasserpolitik folgende Ziele verfolgen müsse:

- Die Verwaltung der weltweiten Wasserreserven nach dem von der Weltbank ausgearbeiteten sogenannten IWRM-Modell (Integrated Water Resources Management) soll vorangetrieben werden. Dieses Modell stützt sich auf die Marktmechanismen und die Festsetzung eines "richtigen" Wasserpreises, der seinerseits auf dem Grundsatz des "full cost recovery" fußt, das heißt, auf der Gesamtkostenrückholung, die einen bis zu dreißig Prozent der gesamten "Kosten" ausmachenden, ziemlich beträchtlichen Investitionszuschlag einberechnet;

- auf das Wasserangebot soll eingewirkt werden, indem durch eine Begünstigung des Wassertransports über weite Strecken noch nicht angezapfte Wasservorräte gewinnbringend bewirtschaftet werden, und versucht wird, die zur Verfügung stehende Süßwassermenge, insbesondere durch Entsalzung von Meerwasser, zu erhöhen;

- auf die Nachfrage einwirken, um finanziell tragbare Mehrfachnutzungen voranzutreiben, in der Hoffnung, durch Preismanöver die Verschwendung und den übermäßigen Entnahme einzudämmen (Verschmutzungsmarkt, Grundsatz des "wer verschmutzt, zahlt ...").

Im Einklang mit solchen Zielen stellt die herrschende Wasserpolitik Vorgaben und "Vorschriften" auf zur

- Liberalisierung der Wasserversorgung im Rahmen der WTO/GATS-Vereinbarungen (Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen), deren Verhandlungen im September dieses Jahres beginnen und bei denen die Europäische Union zu den eifrigsten Verfechtern gehört (nicht zufällig sind die französischen, englischen und deutschen Wasserkonzerne weltweit führend)

- Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung der Wasserversorgung nach dem von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds vorgeschriebenen Zwangsverbindungsgrundsatz: ein Land erhält nur dann Leistungen, wenn es den Bereich (die Bereiche) liberalisiert, dereguliert und privatisiert, für den (die) es den Kredit bekommen hat;

- Einräumigkeit der Vorrangigkeit für private Investitionen. Diese Vorrangigkeit ist erneut von dem in Kyoto abgebenen "Camdessus"-Bericht über "Financing Water for All" feierlich ausgesprochen worden. Laut der Schlußerklärung des Gipfels von Monterrey über die Finanzierung der globalen Entwicklung und des Camdessus-Berichts ist es Aufgabe des privaten Bereichs, die Finanzierung der zusätzlichen 100 Milliarden Dollars jährlich (die Zahlen sind übertrieben) sicherzustellen, die aufzubringen laut der Weltbank während 10 Jahren notwendig wäre, um im Jahr 2015 die Anzahl von Personen ohne Zugang zu Trinkwasser und zu sanitären Einrichtungen auf die Hälfte herabzusetzen;

- Gesamtprivatisierung der Wasserversorgungsbetriebe nach dem "ÖPP-Modell" (Öffentlich-Private Partnerschaft)

Abwege und Fehlschläge der gegenwärtigen Wasserpolitik

Die Zahlen sprechen für sich selbst:

- 2,4 Milliarden Personen leben ohne Zugang zu sanitären Einrichtungen

- 1,5 Milliarden leben ohne Zugang zu gesundem Trinkwasser

- folglich sterben pro Tag 30.000 Personen an Krankheiten, die durch Mangel an Trinkwasser und wegen fehlender sanitärer Einrichtungen verursacht werden

- 600.000 weiße Bauern in Südafrika verbrauchen 60% der Wasservorräte des Landes zur Bewässerung, während 15 Millionen Schwarze keinen Zugang zu Trinkwasser haben
- in der Hälfte der palästinensischen Dörfer gibt es keine Wasserversorgung, während alle israelischen Siedlungen damit ausgestattet sind
- das Wasservolumen der Flüsse in Frankreich ist zu 85% verschmutzt
- der durchschnittliche pro-Kopf-Verbrauch in den Entwicklungsländern beträgt um die 20 Liter Wasser. In Italien beträgt er 213 Liter, in den USA 600 Liter.
- Brasilien birgt 11% der Süßwasservorräte des Planeten, aber 45 Millionen Brasilianer haben noch keinen Zugang zu Trinkwasser
- weltweit ist die Wasserverschwendung enorm: 40% des für die Bewässerung verwendeten Wassers geht durch Verdunstung verloren; der Verlust bei in Aquädukten eingespeistem Wasser liegt bei 30 bis 50%, auch in den sogenannten "Entwicklungsländern"; eine Standard-Waschmaschine verbraucht durchschnittlich 140 Liter pro Zyklus, eine WC-Spülung zwischen 10 und 20 Litern pro Mal und eine Geschirrspülmaschine 60 Liter.

In Wirklichkeit war die bisher verfolgte Politik nur für die großen privaten Unternehmen und ihre Besitzer ein großer Gewinn

Anfang der 80er Jahre gewährleisteten die beiden bedeutendsten, auf internationaler Ebene tätigen Privatfirmen (die Générale des Eaux, aus der heute Ondeo, eine Tochtergesellschaft von Suez, hervorgegangen ist und die Lyonnaise des Eaux, in Vivendi Environnement umgewandelt und im Augenblick noch eine Tochtergesellschaft von Vivendi Universal) die Wasserverteilung für nicht mehr als 300.000 Personen außerhalb Frankreichs. Daraus sind im Jahr 2000 für jede der beiden ungefähr 100 Millionen geworden. Es ist denkbar, dass die Zahl der im Jahr 2002 weltweit von privaten Unternehmen versorgten Personen an die 400 Millionen betragen wird. Die Schweizer Privatbank Pictet hat vor 3 Jahren vorausgesagt, dass der Privatbereich im Jahr 2015 ungefähr 1,7 Milliarden Personen versorgen wird

(sollte die Tendenz zur Privatisierung aufrechterhalten werden).

Und doch hat die Privatisierung der Wasserversorgung, die sich, von örtlichen Ausnahmen abgesehen, in der Schweiz, in Schweden, Holland, den USA, in Québec noch nicht durchgesetzt hat ... , noch nicht zwangsläufig und allseits zu einer Verbesserung der Versorgung oder zu einer Preissenkung geführt. Genausowenig hat sie zu einer Verringerung der Korruption oder zum Aufbau einer Investitions-Spirale geführt. In den meisten Fällen haben die Preise schwindelerregende Höhen erreicht, wie im bolivianischen Cochabamba, im philippinischen Manila oder im argentinischen Santa Fé. Die Lizenzabgaben an die Privatfirmen tragen das Siegel der Korruption. Die Verschuldung der armen Länder ist gestiegen. Die Verbesserung der Versorgung kommt in diesen Ländern vor allem den wohlhabendsten sozialen Gruppen zu Gute.

Privatisierung bedeutet Privatisierung des Politischen, das heißt, die -politische- Entscheidungsgewalt im Bereich der Zuweisung von Wasservorräten von öffentlichen Personen auf Privatpersonen zu übertragen. Der von den öffentlichen Personen genährte Glaube, beispielsweise durch die Tariffestsetzung die Kontrollmacht über die Privatunternehmen dieses Bereichs in der Hand zu behalten, hat sich als das herausgestellt, was es ist: als eine Täuschung.

Schließlich hat die Privatisierung des Wassers zu seiner Behandlung als Ware geführt, und daher zur Behandlung des Lebens als Ware.

In diesem Zusammenhang ist es die große Fehlleistung der gegenwärtigen Wasserpolitik, gezeigt zu haben, dass sie nicht fähig ist:

- allen Personen den Zugang zu Trinkwasser in für das Leben notwendiger Güte und Menge zu gewährleisten ;
- sich für eine "nachhaltiger" Nutzung und Bewirtschaftung der Wasservorräte unseres Planeten einzusetzen ;
- die Vervielfältigung und die Verschlimmerung von "Wasserkriegen" zu verhindern.

B. EINE ANDERE GLOBALE UND LOKALE POLITIK DES WASSERS

Wir schlagen vor, **vom Recht auf Leben für alle spätestens im Jahre 2020 auszugehen. Das Ziel** besteht darin, das Recht auf Wasser allen 8 Milliarden Menschen zu garantieren, die 2020 den Planeten besiedeln werden, allen Arten von Lebewesen und allen künftigen Generationen, indem gleichzeitig auch die "Nachhaltigkeit" der Ökosysteme garantiert wird.

Grundlegende Prinzipien

a) der Zugang zu Wasser in zum Leben ausreichender Menge (täglich 40 Liter für den häuslichen Gebrauch) und Qualität ist als ein verfassungsmäßig garantiertes menschliches und soziales Recht anzuerkennen, für alle gültig, unteilbar und nicht verjährbar.

Wir begrüßen diesbezüglich mit Genugtuung die "Allgemeine Erläuterung" des Komitees für Menschen- und Sozialrechte des Vereinten Nationen, der zufolge der Zugang zu Wasser als ein Menschenrecht betrachtet werden muss.

b) mit dem Wasser ist umzugehen wie mit einem Allgemeingut, das allen Menschen und allen Arten von Lebewesen des Planeten gehört. Die Ökosysteme sind als Allgemeingut zu betrachten.

Das Wasser ist ein sowohl auf lokaler wie auch auf globaler Ebene nur in begrenzter Menge verfügbares Gut. Keine Art von wirtschaftlichem Vorteil kann einen unbegrenzten Gebrauch des Gutes rechtfertigen. Die gegenwärtigen Verschwendungen stellen einen Diebstahl dar, der auf Kosten des Lebens begangen wird. Doch **das Eigentum, die**

Verwaltung und die politische Kontrolle des Wassers müssen öffentlich sein/bleiben, der unmittelbaren Zuständigkeit der öffentlichen Instanzen unterstehen.

Es ist eine nicht an andere übertragbare Verpflichtung der öffentlichen Instanzen, den Gebrauch des Wassers zu gewährleisten und im Hinblick auf die Rechte des Menschen entsprechend zu gestalten, was auch jene der künftigen Generationen miteinschließt, und ebenso im Hinblick auf die Bewahrung und vollumfängliche Erhaltung des Wertes der Ökosysteme.

c) die öffentlichen Körperschaften (von der Gemeinde bis zum Staat, von den kontinentalen Einheiten bis zur Weltgemeinschaft) haben die Finanzierung der notwendigen Investitionen sicherzustellen, um das Recht auf Trinkwasser für alle und eine "nachhaltige" Nutzung des Gutes Wasser konkret zu verwirklichen.

Das am besten dafür geeignete Mittel ist die Einführung eines **Systems der progressiven Besteuerung mit dem Ziel der Umverteilung auf allen Ebenen, von der lokalen bis zur globalen**, das mehrere und der Form nach variable Mechanismen der Allokation der öffentlichen finanziellen Ressourcen vorsieht, je nach Maßgabe der Bedürfnisse und der territorialen Ebenen der Investition.

Daher ist es **unverzichtbar und unaufschiebbar, die Rolle und die Funktionsweise der multilateralen Finanzinstitutionen (BM, IMF, BERD, BEI, IBD, ABD...) zu überprüfen und neue Institutionen der Finanzierung nach der Art inter-territorialer und internationaler Kooperation in einer Logik der öffentlich-öffentlich Partnerschaft einzurichten.**

d) die Bürger sind sowohl repräsentativ wie auch direkt bei der Definition und der Verwirklichung der Politik des Wassers zu beteiligen, auf lokaler wie auch auf globaler Ebene.

Die Demokratie hat im Mittelpunkt des "Zusammenlebens" zu stehen, auch auf globaler Ebene. Man darf nicht zulassen, dass die Globalisierung global und real lediglich im Hinblick auf den Handel, die Finanzen, die Produktion, den Konsum, die Lebensart, den kulturellen Austausch existieren darf, während die Demokratie auf die Ebene der Nationalstaaten oder der Kontinentalstaaten wie die Vereinigten Staaten, China, Rußland, Indien, Brasilien oder Indonesien zurückgebunden bleibt. Der Begriff einer "global governance", von den Herrschenden des Nordens in Umlauf gebracht, ist eine große Mystifizierung.

Die Demokratie bedarf der Förderung **einer neuen, demokratischen, partizipativen und solidarischen "Öffentlichkeit"**, ebenso der Aktivierung von Orten der direkten Beteiligung, der Nachbarschaft, welche die Bürger und die lokalen Gemeinden umfaßt, die Arbeiter und die Arbeiterinnen, die lokalen Einheiten, und die Nutzung der ganzen Vielfalt von Formen, die in den diversen Kontinenten und Ländern den Reichtum der gelebten Demokratie darstellen.

Vorrangige Ziele

Um die oben angeführten Prinzipien wirksam und konkret umzusetzen, sind wir bestrebt, die Verwirklichung folgender **vorrangiger Ziele** zu fördern und voranzutreiben.

(a) **die Aktion "Null Durst"**. Alle Bewohner der Erde müssen bis zum Jahre 2020 Zugang zu trinkbarem Wasser haben. "Null Durst" muß ein **schriftlich festgelegtes Ziel werden, eine formale politische Verpflichtung, die von den verschiedenen Staaten und von den zuständigen Organisationen der Vereinten Nationen mit der Unterzeichnung eines "Globalen Vertrages über das Wasser" bis zum Ende des Internationalen Jahres des Wassers anerkannt wird.**

Das Alternative Weltforum des Wassers schlägt vor, dass die Vereinten Nationen Anfang Dezember 2003, zum Abschluss des Internationalen Jahres des Wassers, einen besonderen Tag zur Verabschiedung eines solchen Vertrages festlegen, dessen Text nicht länger sein darf als 100 Zeilen.

Sollten die Vereinten Nationen diesen Vorschlag ignorieren, so verpflichten sich die Promotoren des Alternativen Weltforums des Wassers, im Dezember 2003 (wobei Brüssel im Gespräch ist), gemeinsam mit einer globalen Gruppe von Parlamentariern, "eine Bürgerversammlung" zur Unterzeichnung des Vertrages einzuberufen, ganz im Geiste der "Erklärung von Porto Alegre" (Februar 2002), die der Konstitution der "Globalen Koalition gegen die Privatisierung und Vermarktung des Wassers" anlässlich des 2. Weltsozialforums zugrunde liegt.

Die Aktion "Null Durst" bedeutet keineswegs, das Recht auf das Wasser im Sinne einer sozialen Unterstützung zugunsten der weniger Besitzenden, der "Armen", zu reduzieren, und ebensowenig, dass den Investitionen in große infrastrukturelle Vorhaben die Priorität eingeräumt wird. Aus diesen Gründen:

- schlagen wir vor, Armut und Elend für gesetzwidrig zu erklären,
- unterstützen wir die derzeit laufenden Aktionen gegen die Konstruktion der großen Staudämme und große Bauwerke, favorisieren im Gegensatz dazu Maßnahmen im Sinne der "Nachhaltigkeit", auf lokaler Ebene, die technologisch, sozial, menschlich, umweltbezogen und kulturell nur geringe Risiken mit sich bringen und vom Geist der Vorsicht und der Reversibilität getragen sind, ebenso Interventionen, die auf eine Verbesserung der Wartung und Bedienung ausgerichtet sind.

(b) **die Armut für illegal erklären**. In Anbetracht der engen Verbindung von Armut und fehlendem Zugang zu Wasser läuft die Forderung "Null Durst" praktisch auf die Forderung nach "Null Armut" hinaus. Wie im 19. Jahrhundert die Abschaffung der Sklaverei, die für illegal erklärt wurde, eine Ära bemerkenswerter Entwicklung der menschlichen, zivilen, sozialen und politischen Rechte eröffnet hat, so stellt die Erklärung der Illegalität der Armut für die Konstruktion einer "anderen Welt" eines der prioritären Ziele dar, und, im vorliegenden Falle, für eine andere Politik des Wassers.

Das Alternative Forum schlägt vor, die "Aktion zur Erklärung der Armut für illegal" anlässlich des G8 in Evian zu lancieren.

(c) **Unterstützung für die laufenden Proteste gegen die Errichtung der großen Staudämme** in Lateinamerika, in Asien (besonders in China: das Forum unterstützt jene Teile der Bevölkerung, die Opfer der Konstruktion des gigantischen Staudammes der drei Schluchten geworden sind), in Russland, in Kleinasien (besonders in Kurdistan), in Europa (den Ländern des Ostens).

Es ist nötig, den Kampf gegen die Politik der Finanzierung dieser Projekte durch die Weltbank und andere internationale Finanzinstitutionen aufzunehmen, damit die Regierungen, die Parlamente und die lokalen Unternehmen die von der Unabhängigen Weltkommission der Staudämme gemachten Empfehlungen konkret umsetzen können.

Dasselbe gilt für die anderen großen infrastrukturellen Vorhaben (besonders Tunnel). Die Bewirtschaftung des Wasserzyklus darf nicht länger einem ingenieurmäßigen Ansatz folgen, sondern einem Ansatz, dessen Grundlage der Schutz der Gleichgewichte der Hydrogeologie und der Umwelt ist, um schlussendlich einen sparsameren Umgang mit Wasser zu fördern und sicherzustellen.

(d) **gegen die industrielle und produktivistische Logik der gegenwärtigen Landwirtschaft die Förderung diversifizierter und mit den Territorien verbundener Agrarsysteme, in denen der Produktion und Konsum nah beieinander liegen und der Gebrauch des Wassers der bäuerlichen Arbeit und den Interessen der Bürger dient und nicht jenen der Agrarchemie und der großen Handelsketten.**

Daher schlagen wir vor, uns dafür einzusetzen

- dass die Landwirtschaft und die Nahrungsmittel aus der Agenda der Welthandelsorganisation herausgenommen werden
- dass sich die Landwirtschaftspolitik der Europäischen Union, der Vereinigten Staaten, Kanadas und der anderen Länder der OECD ändert und so die Stützung der Agrarexporte und der Landwirtschaft der industriellen Monokultur zugunsten einer nachhaltigen bäuerlichen Landwirtschaft beendet werden
- dass die derzeitigen Systeme der Aufzucht zugunsten von sozial, ökonomisch und ökologisch nachhaltigen Modellen modifiziert und zurückverwandelt werden.
- die "Ernährungssouveränität" der Völker zu verteidigen, d.h. die Befugnis, in Bezug auf die Allokation des zum Leben Erforderlichen selbständig zu entscheiden, gleichsam als fundierendes Prinzip einer gerechten und demokratischen Landwirtschaft, Ökonomie und Gesellschaft.

(e) **Standards und Normen zu fixieren, und ihnen vor allem auch Geltung zu verschaffen, welche darauf ausgerichtet sind, die derzeit unakzeptablen Niveaus der Verunreinigung und Vergiftung des Planeten, die sich aus industriellen und tertiären Aktivitäten ergeben, zu reduzieren und gänzlich zu beseitigen (Energie,**

Tourismus...). Es ist dringend nötig, die Organisation und Funktionsweise der International Standards Organisation (ISO) zu revidieren, denn diese ist in zunehmendem Maße ein von den großen globalen Unternehmen kontrolliertes Instrument geworden, welche über große Mittel und Infrastruktur im Bereich von F&E verfügen. Die privaten Wasserfirmen sind im Begriffe, neue Normen und Standards hinsichtlich der Qualität des Wassers zu definieren, welche, wie die europäischen Erfahrungen zeigen, eher darauf ausgerichtet sind, eine oligopolistische Kontrolle der Märkte zum Vorteil der einflussreichsten Unternehmen sicherzustellen. Ganz im Gegensatz dazu ist eine rigorose Politik der Eliminierung unakzeptabler Verunreinigung anzustreben. **An Stelle des Prinzips, dass "der Verunreiniger zahlt", hat das Prinzip zu gelten, dass "Verunreinigung verboten ist"**. Zu diesem Zweck schlagen wir vor, ein globales System der sozialen, gemeinschaftlichen und nachhaltigen Zertifizierung des Wassers festzulegen und durchzusetzen, im Sinne der im "Globalen Vertrag über das Wasser" formulierten Ziele und der Kriterien.

Ein solches System ist ein wesentliches Instrument für die Festlegung und Durchführung der dringenden und unerlässlichen praktischen Maßnahmen, derer man sich bedienen muss, um die exzessiven Entnahmen und enormen Vergeudungen von Wasser zu unterbinden, wie sie heute im Bereich der Landwirtschaft, der industriellen Tätigkeit, im häuslichen Gebrauch und bei tertiären Aktivitäten, insbesondere in Sport und Tourismus üblich geworden sind (wir verweisen auf Golfplätze als eines der Beispiele für einen äußerst verschwenderischen Umgang mit dem Wasser).

(f) und vor allem, **die Aufnahme des Kampfes gegen die verschiedenen Privatisierungen der Wasserdienstleistungen**, einschließlich der Öffnung der Gesellschaften öffentlichen Rechts für das private Kapital, die für die Verteilung des Wassers und die Abwässer zuständig sind. Das vorgegebene Ziel besteht darin, **die Wasserdienstleistungen insgesamt zu erhalten und in der Bereich des Rechts und damit auch in den öffentlichen Bereich (also auch in den demokratischen Bereich) zu übertragen**, um so die Verwaltung und die Kontrolle im allgemeinen Interesse in jeder Hinsicht (finanziell, technologisch, administrativ, und bei der Qualität, der Sicherheit und der Teilnahme der Bürger) zu verbessern.

Die Alternative zur Privatisierung ist die Demokratisierung des Wassers. Die Alternative zur alten PPP (Partenariato Pubblico Privato - Öffentlich-Private Partnerschaft) ist die neue PPP (Öffentlich-Öffentliche Partnerschaft), d.h. eine Partnerschaft auf der Grundlage innovativer Prozesse der Zusammenarbeit zwischen Institutionen und öffentlichen Organen, mit direkter Beteiligung der Bürger (im Kontext der partizipativen Demokratie), die u.a. darauf ausgerichtet ist, neue Erfahrungen mit einer öffentlichen und sozialen Wirtschaft anzuregen und zu verbreiten.

(g) In dieser Perspektive haben wir nachdrücklich auf das Ziel verwiesen, die **Demokratisierung des Wassers** auf allen Ebenen zu fördern, insbesondere **auf der Ebene der Wassereinzugsgebiete**, speziell der **weltweit großen hydrologischen Einzugsgebiete** (von 263 globalen Wassereinzugsgebieten sind 260 transnational).

Es gilt auch die **Demokratie der Flüsse** zu fördern, am zweckmäßigsten über die Schaffung von "repräsentativen Bürgerparlamenten" verschiedener Länder, die zum selben hydrologischen Einzugsgebiet gehören, um gemeinsam auf der Basis der Kooperation und Solidarität Entscheidungen hinsichtlich der Bewertung und **integralen** Nutzung des Wassers und des Territoriums des Beckens zu treffen.

Aktionen: Bedingungen und Verpflichtungen

Zwanzig Jahre sind nicht viel, doch sie können ausreichend sein für die "Errichtung der Grundlagen" und der wichtigsten Strukturen "einer anderen Welt", insbesondere dazu, um das Recht auf Leben für alle und eine Aufwertung sowie den Schutz des Wassers als gemeinsamen Gutes zu garantieren.

Um die erwähnten Ziele praktisch umzusetzen, verpflichten wir uns zu folgenden Aktionen:

a) **die Dienstleistungen um das Wasser aus der Liste jener Dienstleistungen zu streichen, die als industrielle Dienstleistungen betrachtet werden**

b) **Organisierung der Mobilisierung der Bürger zum Zwecke der Herausnahme der öffentlichen Dienste aus den Verhandlungen der WTO/GATS in Cancun.** Die öffentlichen Dienstleistungen (insbesondere das Wasser, das Gesundheitswesen, die Bildung und das Verkehrswesen) dürfen nicht zu handelbaren Dienstleistungen werden. Ganz im Gegensatz dazu ist es erforderlich, **sich für die Schaffung globaler öffentlicher Dienstleistungen einzusetzen, wobei von der Förderung inter-nationaler, kontinentaler öffentlicher Dienste auszugehen ist**, wie beispielsweise auf der Ebene der Europäischen Union. Die Schaffung des einheitlichen europäischen Marktes darf nicht dazu führen, dass die nationalen öffentlichen Monopole durch lokale private Monopole und europäische private Oligopole ersetzt werden. **Die Europäische Union hat die Forderungen nach einer Liberalisierung der öffentlichen Dienste in Drittländern zurückzunehmen statt sie voranzutreiben**, besonders jene, die das Wasser betreffen; sie hat sich von der Bevorzugung der privaten Bewirtschaftung des Wassers zu verabschieden, die sie auch im Kontext der Europäischen Wasserinitiative (EU Water Initiative) unterstützt hat.

Das Alternative Weltforum schlägt vor, **einen europäischen öffentlichen Dienst zu schaffen, der von der Europäischen Union finanziert wird und der permanenten und transparenten Kontrolle durch das Europäische Parlament untersteht und in enger Kooperation mit den verschiedenen Gruppen der zivilen Gesellschaft und den sozialen Bewegungen steht.** Im gleichen Sinne hat man sich für die Einrichtung eines öffentlichen Dienstes in Afrika, im Mittelmeerraum, in Zentralamerika, in Südamerika.... einzusetzen

c) es ist damit zu beginnen, die Wasserdienstleistungen **wieder der Zuständigkeit der Gemeinden zu unterstellen** (Frankreich als der nächstliegende Fall ist dafür ein wichtiger Test)

d) Aktionen zur Mobilisierung der Bürger zu organisieren, die sich **für ein öffentliches Finanzierungssystem auf lokaler, nationaler, internationaler und globaler Ebene des Rechtes auf Wasser und für das Wassers als gemeinsamen Gutes einsetzen.** Von den Maßnahmen, die diesbezüglich zu ergreifen sind, schlagen wir vor:

auf lokaler Ebene: die Gründung von Sparkassen sowie von regionalen und interregionalen genossenschaftlichen Fonds mit öffentlicher und sozialer Zielsetzung; zurück zur öffentlichen Verwaltung der mineralischen Wässer (die Privatisierung der enormen Profite, die sich aus dem weltweit expandierenden Geschäft mit dem Mineralwasser ergeben, ist wohl als unakzeptabel zu betrachten). In der Zwischenzeit ist eine "Wasser-Steuer" auf den Konsum und die Erträge aus dem Mineralwasser einzuheben;

auf regionaler und nationaler Ebene: Wiederinvestition der Mehrwerte, die sich aus der öffentlichen Verwaltung ergeben, in Aktivitäten zur Verbesserung der Strukturen im Umgang mit dem integralen Zyklus des Wassers;

auf internationaler und globaler Ebene: **Erhebung eines Prozentsatzes auf die Verwendung von nicht erneuerbaren Energien; Abrücken vom Prinzip der Bedingungen**, an welche die Weltbank Darlehen für Investitionen im Bereich des Wassers, der Gesundheit, der Bildung, der Ernährung bindet ; **Gründung neuer internationaler und globaler Finanzinstitutionen kooperativer und kreditgebender Art** zum Zwecke der Finanzierung globaler gemeinsamer Güter und Dienstleistungen (für die Zwischenzeit geht es darum, die jährlich 347 Milliarden zur Stützung der intensiven Landwirtschaft umzulenken auf eine Landwirtschaft, die auf eine lokale Versorgung und das Recht auf Nahrung und Wasser für alle ausgerichtet ist).

In diesem Kontext

ist die Solidarität zwischen Städten, Ländern und Völkern, zwischen den einzelnen nationalen Staaten und über deren Grenzen hinaus, zu stärken und zu vervielfachen; zu erreichen ist dies über die Verwendung diverser Instrumente der Kooperation (und eben nicht wohlthätige "Hilfe") wie **gemeinsame Investitionsfonds von Städten verschiedener Kontinente, gemeinsam zu realisierende Projekte**, die Gründung von Sparkassen und Kreditfonds zum Zwecke der Finanzierung von "regionalen Programmen" zur Entwicklung gemeinsamer Güter und Dienstleistungen. Die Erhebung eines Hundertstels eines Euro pro Kubikmeter als Beitrag zur Finanzierung von "Projekten der Solidarität" ist ein aufschlussreiches und "pädagogisches" Beispiel für die Dringlichkeit, etwas zu tun. Niemand denkt daran, dass dies die Lösung sei: der Transfer von Fonds, als nur einer von verschiedenen Mechanismen, ist von Nutzen in dem Maße, in dem er Teil einer gemeinsamen Politik der Kooperation und der Finanzierung zur Erreichung gemeinsamer Ziele und zur Transformation der gegenwärtigen Ökonomie ist.

e) **auf der Ebene der lokalen und regionalen Gemeinschaften ist eine "Vereinbarung für die Wasserdienstleistungen" auszuarbeiten und verabschieden zu lassen,**

als integraler Bestandteil einer "Lokalen Vereinbarung über gemeinsame Güter und Dienstleistungen";

f) die Aktionen zur Sensibilisierung und zur Mobilisierung der Jugend in allen Bereichen der Erziehung, Bildung und Ausbildung sind auszubauen, um so die Entstehung alternativer Orte und Zeiten für Beobachtungen, Forschung und Informationen zu ermöglichen. Es ist mehr als nur dringend nötig, eine kollektive, offene und permanente Arbeit der Selbstbildung und der Bildung des Volkes hinsichtlich der mit dem Wasser verbundenen Probleme voranzutreiben.

In gleicher Weise sind die öffentlichen Institutionen mit Möglichkeiten auszustatten, die verfolgte Gemeinschaftspolitik, die in einer möglichst breiten Beteiligung der Bürger und der Vertreter der zivilen Gesellschaft ihre Grundlage hat, kontinuierlich zu bewerten. Diesbezüglich gibt es bereits zahlreiche Erfahrungen, beispielsweise in Quebec, den Niederlanden, in Schweden. Wir empfehlen die Erstellung und Verbreitung eines "Handbuches", das dazu dienen soll, kritische Maßstäbe für die Beobachtung und Bewertung der das Wasser betreffenden Politik zu liefern; ein solches Handbuch soll, in Übereinstimmung mit der oben erwähnten sozialen Zertifizierung, jenen zur Verfügung stehen, die auf lokaler Ebene mit Machtbefugnissen ausgestattet sind;

g) abschließend empfehlen wir, auf der Grundlage demokratischer Repräsentation **eine globale Autorität für das Wasser** einzurichten, die mit einer dreifachen Aufgabe betraut ist: der legislativen (ein parlamentarisches Organ, das die global verbindlichen Leitlinien für eine solidarische und nachhaltige eine Verwertung und Verwendung des Gutes Wasser ausarbeitet), der judikativen (ein Organ der Lösung

von Konflikten und Streitigkeiten über die Verwendung von Wasser), und einer kontrollierenden (ein Organ der Bewertung und der Überprüfung der öffentlichen Finanzierung der Investitionsprogramme für internationale und globale gemeinschaftliche Projekte und Aktivitäten).

Einige "organisatorische" Ergebnisse

CEs ist vorgeschlagen worden, das Zweite Alternative Weltforum des Wassers in der Schweiz abzuhalten, im März 2005 in Genf

*der Präsident der Region Toskana hat seine Bereitschaft erklärt, bei der Einrichtung eines offenen Diskussionsforum zu helfen, das die im Hinblick auf Wasser bestehenden Probleme zwischen öffentlichen Instanzen und der zivilen Gesellschaft thematisieren soll

Cdie beim Diskussionsforum vom 21. März anwesenden Parlamentarier haben ihre Absicht bekundet, ein europäisches und globales Netzwerk von im Bereich der Wasserproblematik engagierten Parlamentariern einzurichten. Die erste Aufgabe des Netzwerkes wäre der Widerstand gegen die Aufnahme der Wasserdienstleistungen in jene Liste von Dienstleistungen, die Gegenstand künftiger Verhandlungen für ein generelles Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen im Rahmen der Welthandelsorganisation sein werden.

ÜbersetzerInnen : Angelika Groos, Otto Nigsch, Karin Ayche Korrektur: Christoph Wiese
cooditrad@attac.org Ehrenamtliche Übersetzer

Startet kommunale Bürgerentscheide für das Trinkwasser und gegen den Ausverkauf des öffentlichen Eigentums!

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger, liebe Freundinnen und Freunde,

immer schneller und häufiger verkaufen unsere Politiker öffentliches Eigentum, öffentliche Güter, Elektrizitätswerke, Krankenhäuser, öffentlichen Nahverkehr und vor allem eines: das Trinkwasser !(...)

Nachfolgend einige Beispiele, die Mut machen:

In Ottobeuren in Bayern verhinderten die Bürger den Verkauf der kommunalen Wasserrechte.

Zweidrittel der Wähler in Münster stimmten am 16. Juni 2001 gegen die Privatisierung der Stadtwerke.

Im ersten landkreisweiten Bürgerentscheid Schleswig-Holsteins votierte in Nordfriesland eine satte Mehrheit für den Verbleib der vier Kreis-Krankenhäuser in öffentlicher Hand.

In Zwickau und Hamburg unterschrieben jeweils über 20.000 Wähler gegen Klinik-Privatisierungen.

(...) In der Stadt Kulmbach wurde ein Bürgerentscheid "Nix mit Abwassertricks" eingeleitet, mit dem Ziel, einen geplanten "Cross Boarder Leasing"-Vertrag zu verhindern. Die Stadt Kulmbach wollte die Kläranlage und die Abwasserleitung an eine US-Firma "vermieten" und mit diesem dubiosen Steuertrick Geld verdienen.

Kurzum: bis heute haben in Deutschland 37 Bürgerentscheide zum Thema Wasser stattgefunden. Kein einziger Bürgerentscheid ist Pro-Privatisierung ausgegangen!!

Lediglich ein Bürgerentscheid hatte eine Privatisierung zum Ziel (Herrsching) und ist damit klar gescheitert! Nehmt diese Beispiele als Vorbild! Startet kommunale Bürgerentscheide!(...)

Kontaktadressen:

Omnibus für Direkte Demokratie, Öschstr. 24, 87437

Kempten Tel. 0831 - 57 07 689, Fax 0831 - 58 59 202

email: info@omnibus.org

web: www.omnibus.org und www.buergerbegehren.org

Mehr Demokratie e.V., Fritz-Berne-Str. 1, 81241 München

Tel. 089 - 82 11 774, Fax: 089 - 82 11 176

email: info@mehr-demokratie.de

web: www.mehr-demokratie.de www.buergerbegehren.de

NWWP (Netzwerk WeltWeite Projekte)

Tel. 0711 - 46 00 632, Fax: 0711 - 48 74 69

email: info@nwwp.de web: www.nwwp.org

Quelle: Deutsches Sozialforum, www.dsfgsf.de

S. auch: <http://www.unser-wasser-hamburg.de>

<http://www.unser-aller-wasser.de>

<http://www.privatisierungswahn.de/wasser.html>

Kein Wasser für die Palästinenser

Aus einem Heft der AG Palästina von Attac Hamburg

Seit 1967 kontrolliert Israel alle Grundwasserspeicher westlich des Jordans, den Tiberias-See (See Genezareth) und weitgehend auch den Jordan und seine Zuflüsse. Seit 1982 werden palästinensische Orte mit dem israelischen Wasserleitungsnetz verbunden, das Trinkwasser wird zugeteilt:5)

Pro-Kopf-Verbrauch für israelische Siedler	330 Liter/Tag	zu 0,3 Schekel/m ³
sonstige Israelis	220 Liter/Tag	zu 0,8 Schekel/m ³
Palästinenser	32 Liter/Tag	zu 4,6 Schekel/m ³ 6)

• Weitere Umstände des ungleichen Wasserangebots:

Für Palästinenser:

- Ihre Wasserversorgung wird willkürlich für ganze Dörfer abgestellt. Sie erhalten z. B. nur einmal pro Woche für einige Stunden Wasser aus dem Leitungsnetz. 6)

- Im Jahr 2001 mussten laut der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem 215.000 Palästinenser abgefülltes Wasser kaufen.2)

- Wegen der Militärsperren im Westjordanland erreichen nur wenige Tankwagen entferntere Dörfer, der Wasserpreis steigt dadurch auf bis zu 8€/m³. 2)

-Israelische Behörden haben nahe Beit Lahia 50.000 Tonnen Chemie- und Militärabfälle versenkt, so dass der gesamte unterirdische Trinkwasservorrat Gazas von der Vergiftung bedroht ist. Schon jetzt ist die Qualität mangelhaft. 4)

Für Israelis:

-Es gibt keine Beschränkungen hinsichtlich Wasserverbrauch:
Auch in Dürrezeiten werden Autos gewaschen, Rasen gesprengt und öffentliche Parks bewässert. 2)

- Von dem erneuerbaren (durch Regenfälle wieder auffüllbaren) Grundwasser der Westbank werden 81% an Israel und die israelischen Siedler der Westbank geliefert. 5)

- 40% des Wasservorrats des Gazastreifens bekommen die 6.000 israelischen Siedler dort, die restlichen 60% teilen sich die über 1 Millionen dort lebenden Palästinenser. 6)

•Übermäßige Grundwasserentnahme durch die Israelis führte zur Absenkung des Grundwasserspiegels in Palästina/Israel. ?

Für Palästinenser:

- Da die israelische Militärregierung den Palästinensern nur eine Brunntiefe von 60 bis 150 m erlaubt, kommt es zum zeitweiligen oder völligen Versiegen vieler Brunnen. 5)

- Es werden kaum neue Brunnen genehmigt: von 1967 – 1995 nur 23 Brunnen für über 1 Million Palästinenser in der Westbank. 5)

Für Israelis:

- Die Brunnen der Israelis dürfen 100 bis 600 m tief sein, dadurch ist die Wasserförderung zu jeder Zeit möglich. 5)

- Israelis haben keine Schwierigkeiten, neue Bohrgenehmigungen für die Förderung von Grundwasser zu erhalten. 5)

- Von 1967 - 1995 baute die israelische Wassergesellschaft Mekorot 32 Brunnen für 140.000 Siedler. 5)

•Die Wasserversorgung bestimmt die Entwicklung in der Landwirtschaft:

Für Palästinenser:

- Die bewässerte landwirtschaftliche Fläche ging in den besetzten Gebieten stetig zurück. 6)

- Flüsse, die vor zwei Generationen ganzjährig der landwirtschaftlichen Bewässerung dienten, sind ganz oder zeitweilig ausgetrocknet, z.B. der Fluss al-Auscha im Gazastreifen. 1)

- Durch die Grundwasserabsenkung fließt im Gazastreifen brackisches Meerwasser nach, das z .B. für die Bewässerung von Orangenplantagen unbrauchbar ist. 3,5)

Für Israelis:

- Die bewässerte landwirtschaftliche Fläche stieg: 1949 = 30.000 ha, 1968 = 161.600 ha, 1987 = 215.300 ha. 5)

- Die nach 1967 aus so genannten „strategischen Gründen“ errichteten Siedlungen im Gazastreifen sind in Wirklichkeit landwirtschaftliche Großbetriebe mit sehr hohem Wasserverbrauch.3)

- Jordanwasser aus dem Tiberias-See wurde südlich durch Israel bis in die Negev-Wüste umgeleitet, so dass auch hier Landwirtschaft möglich wurde.

1)W.Lechner/E.Kashi: Wo die Macht des Wassers Frieden stiftet, in Zeit-Magazin vom 22.03.1996, S. 14 ff
2)Frankfurter Rundschau vom 28.07.2001

3) Frank Bliss: Palästina, S. 51 – 53
4) Victoria Waltz: Will uns die Presse in Deutschland nicht informieren?
5) Frau Dr. Sumaya Farhat Nasser in einer

Fernsehsendung des WDR3, April 2002
6) Beitrag aus der Neuen Zürcher Zeitung, veröffentlicht vom Friedensratschlag

Israel und das neue Paradigma der Globalisierung

Thomas Coutrot

In „Grain de Sable“ Nr.411 am 21.3.2003 erschienen.
<http://www.attac.org/attacinfo/attacinfo411.pdf>

Arbeitslosigkeit, Staatsdefizit, Abwertung des Schekels: der israelischen Wirtschaft scheint es ernsthaft schlecht zu gehen. Zur Jahrtausendwende ging alles noch gut. Die Osloer Abkommen eröffneten im Mittleren Orient den Weg zu einem triumphierenden Neoliberalismus. Der Freihandel und die Integration des Handels erlaubten es der arabischen und israelischen Bourgeoisie schnell, die „Dividenden des Friedens“ in einem gemeinsamen Markt des Mittleren Orients, der sich auf Israel konzentriert, im Rahmen des Freihandelsraums europäisches Mittelmeer und der durch den Prozess von Barcelona versprochenen Demokratie, zu ernten. Der Boom der „New Economy“ eröffnete Israel herrliche Perspektiven für eine Integration in die High-Tech-Globalisierung.

Aber im Jahr 2000, durch die Auswirkungen des NASDAQ-Börsenkrachs und der zweiten Intifada, verliert die israelische Wirtschaft plötzlich den Boden unter den Füßen. Im folgenden Jahr kommen Sharon und Bush Jr. an die Macht, und Bin Laden versetzt der USA einen Schlag. Der Mittlere Orient und die Welt stürzen sich in den „Krieg ohne Grenzen“. Aber jeder Krieg ist teuer. Auch wenn einige Branchen – die Lobby der „Militärindustrie“ – von der Kriegswirtschaft profitieren, stellt sich die Frage, ob die israelische Regierung auf lange Sicht die Mittel hat, ihre Politik der Unterdrückung des palästinensischen Volkes und der progressiven Kolonialisierung der besetzten Gebiete fortzusetzen. Oder zwingen die wirtschaftlichen und sozialen Widersprüche als Folge dieser Politik nicht vielmehr die israelischen Eliten, die Friedenssuche wieder auf die Tagesordnung zu setzen? Auch und insbesondere in Israel ist die Wirtschaft von der Politik abhängig; aber kann sich die Politik für immer von den wirtschaftlichen Zwängen befreien?

Rückbesinnung auf Oslo

Die Auswertung des Scheiterns der Osloer Abkommen ist ein Schlüsselfaktor für das Verstehen der Dynamik des Nahen Ostens. Diese Abkommen befinden sich in einer außergewöhnlichen politisch-strategischen Dynamik, dem „Ende der Geschichte“: der Mauerfall von Berlin, der Zusammenbruch der Sowjetunion, dann der erste Golfkrieg, an dem fast alle arabischen Länder dieser Region an der Seite der USA teilnehmen, bedeuten eindeutig das Ende einer Epoche, in der Israel die Rolle innehatte, einziger Vertreter der amerikanischen Interessen zu sein. Das neue strategische Projekt der USA (eingeleitet seit dem israelisch-ägyptischen Frieden von 1979) zielt darauf ab, unter der US-Vorherrschaft die Region zu befrieden, Märkte zu vereinen und diese für westliche Unternehmen und Investoren wirtschaftlich und finanziell zu öffnen. Für Israel bedeutet dies, sich endgültig von seinem Modell der Staatswirtschaft zu verabschieden, in dem der Staat (und die Gewerkschaftszentrale Histadrut) die Mehrheit der großen

Unternehmen kontrolliert und in dem die (staatliche) Waffenindustrie eine zentrale Rolle spielt. Die Privatisierungs- und Deregulierungspolitiken, eingeleitet durch den Likud 1979, dann durch die nachfolgenden Regierungen wieder aufgenommen, erleben also eine deutliche Beschleunigung. Oslo schildert die „Dividenden des Friedens“ in den verlockendsten Farben, das heißt die Normalisierung mit den arabischen und islamischen Ländern, die Durchdringung neuer Exportmärkte, die Anziehung ausländischer Investitionen aus den USA, Japan und Europa, und eventuell die industrielle Integration mit Palästina, das sich auf die Zulieferung für den Bedarf der israelischen Wirtschaft spezialisieren würde. Man hätte also annehmen können, dass die israelische Bourgeoisie der palästinensischen Wirtschaft eine Rolle in ihrem strategischen Projekt zugedacht hätte, natürlich eine zweitrangige und untergeordnete Rolle, aber immerhin eine Rolle.

Und tatsächlich ermöglicht das Unterzeichnen der Osloer Abkommen einen Boom der israelischen Wirtschaft. Dank den Abkommen steigen die israelischen Exporte durchschnittlich um 8% pro Jahr [1]. Die russische Einwanderung trägt ihren Teil zum Wirtschaftswachstum bei [2], und das Wachstum erreicht 6% pro Jahr (dies entspricht 2% des BIP pro Einwohner). Aber die wirtschaftliche Einigung durch die Unterordnung der palästinensischen Gebiete, falls sie je einen attraktiven Horizont für das israelische Kapital und die palästinensische Bourgeoisie darstellen könnte, steht ganz im Gegensatz zu der grundsätzlichen Natur der Osloer Abkommen. Man weiß, dass diese aus „Sicherheitsgründen“ eine Aufteilung der Gebiete in unterschiedliche Arten von Zonen vorsahen [3], wonach nur 40% des Westjordanlands, in 200 nicht aneinandergrenzende Zonen aufgeteilt, unter palästinensischer Kontrolle belassen werden sollten.

In der Praxis hat Israel zwischen diesen Zonen solche Hindernisse eingerichtet (ständige Kontrollpunkte, sporadische, aber wiederholte Sperrungen), dass die wirtschaftliche Aktivität in Westjordanland und Gaza komplett durcheinander geriet. „Die Gründe des wirtschaftlichen Untergangs Palästinas sind zahlreich, drehen sich aber um ein wesentliches Thema: die israelische Abriegelungspolitik. Die Sperrungen schränken die Bewegungen der Arbeitskräfte und der Güter ein und verhindern jede vernünftige wirtschaftliche Tätigkeit“ [4]. Man schätzt, dass Israel zwischen 1993 und 1996 das Westjordanland und Gaza ungefähr jeden dritten Tag abriegelt hat [5]. Da Israel zur gleichen Zeit eine besessene Kolonialisierungspolitik verfolgte, welche die Anzahl jüdischer Siedler im Westjordanland verdoppelte – was zum Teil die Bedeutung der Sicherheitsmaßnahmen erklärt, die durch die israelische Armee in den besetzten Gebieten ausgeführt wurden –, wird deutlich, dass ein solcher „Friedensprozess“ nur zu einer Katastrophe führen konnte. Auch wenn man es bedauern kann, resultiert die aus Sicht der palästinensischen Bevölkerung Legitimität der Selbstmordattentate, die auch jene gegen die israelische

Zivilbevölkerung einschließen, aus den objektiven Bedingungen der Erniedrigung und des Elends, die diese Bevölkerung ertragen müssen.

Man kann die Hypothese aufstellen, dass der Zusammenbruch der palästinensischen Wirtschaft, offensichtlich für alle Beobachter, die israelischen Wirtschaftseliten gleichgültig gelassen hat, da sie zu sehr damit beschäftigt waren, ihren neuen Platz in der Globalisierung und in der „New Economy“, die Ende der 90er Jahre durch den Internetboom begann, zu verhandeln. In der Tat fand in dieser Periode ein außergewöhnlicher High-Tech-Aufschwung der israelischen Wirtschaft statt, der den natürlichen New Yorker Tropismus der Tel Aviver Eliten verstärkte. Gleichzeitig wurde freie Bahn für eine Verschärfung der Sicherheitsmaßnahmen in den besetzten Gebieten, die wirtschaftlich vernachlässigbar geworden sind, gelassen.

Neoliberalismus, Zionismus, Frieden: eine unlösbare Gleichung

Im Laufe der 80-90er Jahre erlebte die israelische Wirtschaft eine tiefgehende Umstrukturierung. Obwohl der Staat ein wichtiger Eigentümer bleibt (er kontrolliert noch 14% der industriellen Produktion), verstärken die Privatisierungen und die Fusionen/Akquisitionen die Konzentration der israelischen Wirtschaft deutlich, die sich nun in den Händen von fünf großen Hauptgruppen befindet [6]: Diese kontrollieren direkt 53% der Handelsbanken und 38% des Umsatzes der israelischen Industrie. Dieser Konzentrationsprozess wird begleitet von einer Eingliederung in die internationale Finanzwelt. 1998 wurden an der Tel Aviver Börse 14% der Aktienanteile von Ausländern gehalten (im Vergleich zu 3% fünf Jahre zuvor); alle wichtigen High-Tech-Unternehmen [7], die während des Booms der „New Economy“ ein außergewöhnliches Wachstum erlebt hatten, sind jetzt an der Wall Street notiert und werden hauptsächlich von ausländischen Investoren gehalten. Die israelische Hochtechnologieindustrie erlebte einen außergewöhnlichen Aufschwung aufgrund zweier Konkurrenzvorteile: die praktische Erfahrung aus der Waffenindustrie und die Verfügbarkeit von hochqualifizierten Arbeitskräften [8], die in den Start-Ups und den High Tech Gruppen arbeiteten. Aber sie hat sich auch auf radikale Weise internationalisiert (oder vielmehr amerikanisiert), was jedoch auch neue Probleme aufgeworfen hat: Zu der strategischen und militärischen Abhängigkeit von der USA kam von nun an eine wirtschaftliche Abhängigkeit hinzu, was die nahezu perfekte Korrelation der Tel Aviver Börse und des NASDAQ attestiert [9].

Von diesem neoliberalen Wirtschaftswachstum profitierte in Israel auf eine groteskere Weise als anderswo ausschließlich eine Minderheit der Bevölkerung, und dies provozierte ein spektakuläres und unbestrittenes Ansteigen der sozialen Ungleichheit. Schon in den 80er Jahren hat die ultraliberale „Schocktherapie“, die der israelischen Wirtschaft auferlegt wurde, um die Hyperinflation auszumerzen und das staatliche Modell durch beschleunigte Privatisierungen anzugreifen, eine in Israel bisher unbekannte Arbeitslosigkeit aufflammen lassen. Das war eine erste ernsthafte Bruch in den Versprechungen des Zionismus, nach dem es für jeden

Juden, der sich in Israel niederlassen möchte, eine Wohnmöglichkeit und einen Arbeitsplatz gibt. Nach einem Höhepunkt von 11% im Jahre 1992 ging die Arbeitslosigkeit auf 8% im Jahre 1996 zurück; aber seit 1997 nimmt sie wieder zu, und mit einer Beschleunigung 2001-2002 befindet sie sich heute wieder bei 11%.

Vom wesentlichen Teil des BIP-Wachstums zwischen 1990 und 2000 profitierten privilegierte Schichten [10]. Es handelt sich nicht nur um das Hoch der Tel Aviver Börse, deren Profite natürlich nahezu vollständig an die Wohlhabendsten gingen, sondern auch im Bereich der Arbeitnehmer tat sich eine Kluft zwischen der höheren Ebene und der Basis auf: Zwischen 1994 und 2000 stieg das Einkommen einer Führungskraft vom 30-fachen auf das 40-fache des Mindesteinkommens. Die Ungleichheiten haben sich auch zwischen den unterschiedlichen ethnischen Gruppen entwickelt, die das israelische Mosaik bilden: Wenn man davon ausgeht, dass das durchschnittliche Jahreseinkommen 100 beträgt, stieg zwischen 1990 und 1999 das Einkommen der Aschkenasim [11] von 125 auf 139, das Einkommen der Sephardim [12] von 81 auf 92, während das der arabischen Israeli von 75 auf 66 sank. Aber auch innerhalb dieser Gruppen verschärfen sich die Ungleichheiten. „In den 50er Jahren war das „sozialistische“ Israel eines der egalitärsten Länder, und die 20% der Reichsten verdienten nur das 3,3-fache der 20% der Ärmsten. 1995 (...) wird Israel zum Land mit den größten sozialen Unterschieden unter den entwickelten Ländern, und das Verhältnis steht bei 21,3, im Vergleich zu „nur“ 10,6 in den USA (Nitzan, Bichler, S. 350-351). Die Armutsquote der Israeli steigt von 24% auf 31% zwischen 1979 und 1999 (Adva, 2002).

Diese interne Spaltung der israelischen Gesellschaft, die zeitlich mit der massiven Ankunft von Einwanderern (Afrikanern in den 80er Jahren, Russen in den 90er Jahren), dann mit dem „Friedensprozess“, zusammenfällt, führt zu einem möglicherweise dramatischen Zerfall des inneren Konsenses, der die Stärke des zionistischen Staates ausmachte. In der Tat beschädigt der Ausbruch der Ungleichheiten den Mythos der Einigkeit des jüdischen Volks, während die Anerkennung Israels durch die PLO und durch die Gesamtheit der arabischen Länder das Ende der externen Bedrohung bedeutet. Darin besteht eine tödliche Gefahr für das zionistische Projekt selbst, dessen ganze Dynamik auf das Gefühl der Lebensbedrohung zurückgeht, das auf den Juden lastet. Laut Moshe Sharet, Ministerpräsident in den 50er Jahren und gemäßigter Zionist, meinte Ben Gourion, dass „wir ohne die zivilen und militärischen Spannungen (...) keine kämpfende Nation hätten, und ohne ein kämpfendes Regime sind wir verloren“. Denn „nur ein ständiger Kriegszustand kann das immigrierte Gesindel in einen „neuen hebräischen Menschen“ verwandeln“ [13].

Man versteht so die zögerliche Haltung der israelischen Eliten, ihre Ausflüchte und ihren grundlegend fehlenden Willen, die Osloer Abkommen tatsächlich umzusetzen, zweifellos besser. Die „Fehler“ Baraks und seiner scheinbar inkonsequenten Politik resultieren wahrscheinlich zu einem großen Teil aus dieser grundsätzlichen Unfähigkeit der zionistischen Eliten, auf die kittende Angst zu verzichten, die ihre Gesellschaft zusammenhalten und gleichzeitig ihre

interne Vorherrschaft bewahren soll. Der High-Tech-Neoliberalismus (dessen politische Vertretung in Israel die Arbeiterpartei ist) möchte den Frieden. Aber die sozialen Auswirkungen seiner Wirtschaftspolitik untergraben den sozialen Zusammenhalt und die Legitimität der Eliten und drängen unabwendbar zur Militarisierung gegen den „Terrorismus“ und gegen die „Unsicherheit“. Aber auch über die zionistischen und kolonialistischen Irrungen hinaus illustriert Israel auf karikaturistische Weise den teuflischen Mechanismus der neoliberalen Globalisierung.

Das schwarze Jahr 2000

In diesem Jahr kommen alle Widersprüche zur gleichen Zeit ans Tageslicht. Der NASDAQ und der Friedensprozess brechen gleichzeitig zusammen, was nicht ganz zufällig passiert. Die Wirtschaft begann bereits 1998 aufgrund der Asien- und Russlandkrisen zurückzugehen, da diese die Nachfrage nach geschliffenen Diamanten, einem Hauptexportgut Israels, verringerten. Außerdem ließ das Nachlassen der Einwanderung einen Hauptfaktor der Wirtschaftsdynamik ins Stocken geraten. Bis ins Jahr 2000 wird die Wirtschaft noch durch den spekulativen Boom der „New Economy“ angetrieben, daher ist der Schock beim Zerplatzen der Internetblase noch viel heftiger. Nach einem Wachstum von 6% im Jahr 2000, befindet sich die Wirtschaft 2001 und auch 2002 mit einer Wachstumsrate von -1% in einer Rezession (dies bedeutet einen jährlichen Rückgang des Pro-Kopf-BIP um 3%). Zwei, ja sogar drei Jahre der Rezession in Folge, das gab es noch nie zuvor in Israel. Der Tourismus, eine der Haupteinnahmequellen des Landes, geht wegen der Al-Aqsa-Intifada zurück (2,6 Millionen Touristen 2000, 1,2 Millionen 2001). Die Arbeitslosigkeit steigt 2002 wieder auf 10,4%, und das Ende ist noch nicht in Sicht. Die Gehälter sinken deutlich (-5% 2002, laut Bank of Israel).

Die Regierung versucht durch eine Sparpolitik, das „Vertrauen“ der Finanzwelt wieder zu erlangen und die Börse wieder anzukurbeln. Aber das Staatsdefizit schnell in die Höhe und überschreitet 3% (das interessanterweise durch die israelische Zentralbank festgelegte Maximum, die jedoch nicht den Vertrag von Amsterdam unterschrieben hat). Die Wiederaufnahme der Militarisierung, als Folge der erneuten Besetzung des Westjordanlandes, bringt neue militärische Ausgaben mit sich: Die Waffenimporte steigen (+15% 2001 [14]), und die Militärausgaben, die seit dem historischen Maximum von 28% des BIP im Jahre 1975 auf 10% 1997-1998 gefallen sind, sind auf dem Weg zu einem neuen Höhepunkt. Die israelische Regierung bat gerade ihren amerikanischen Beschützer, der ihr bereits eine jährliche Unterstützung von beinahe 3 Milliarden Dollar zur Verfügung stellt, um eine zusätzliche Hilfe von 4 Milliarden Dollar in Form von militärischen Ausrüstung und um einen 8 Milliarden-Kredit für Garantien aus Handelskrediten [15].

Auch wenn es in Israel nicht sonderlich gut läuft, so ist dies natürlich nichts im Vergleich zur Situation in den besetzten Gebieten: Die palästinensische Wirtschaft, die wegen des „Friedensprozesses“ schon langsam zurück ging, brach mit der zweiten Intifada total zusammen. So beläuft sich die Arbeitslosenrate nach Schätzungen des palästinensischen Statistikamtes (PCBS) im dritten Quartal des Jahres 2002 auf

50% (sie hat sich in zwei Jahren verdreifacht), und das Abhängigkeitsverhältnis (Anzahl Einwohner zu Anzahl Arbeitnehmer) stieg zwischen September 2000 und September 2002 von 4,8 auf 8,6. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen verringerte sich um 50% im Vergleich zum Einkommensniveau von 1994. Bereits vor der erneuten Besetzung des Westjordanlandes im März-April 2002 hatten mehr als die Hälfte der Haushalte mindestens 50% ihres Einkommens verloren; 58% erhielten humanitäre Hilfe zum Überleben. Nach Angaben der Weltbank überwiesen die Länder der Arabischen Liga im Jahr 2001 45 Millionen US-\$ pro Monat und die Europäische Union 9 Millionen; ohne diese Spenden „wäre bis heute jede Spur einer modernen Wirtschaft verschwunden“ [16]. Zahlreiche Familien überleben nur dank der Lebensmittelmarken, die von NGOs verteilt werden. Sperrstunden, Blockaden und Unterdrückung vernichten endgültig, was von der wirtschaftlichen Tätigkeit im Westjordanland und in Gaza noch übrig geblieben war. Kein Zweifel, dass der „Kampf gegen den Terror“ auf lange Sicht keine brillanten Erfolge einbringen wird...

Le Pen träumte davon, Sharon setzt es um

Angesichts dieses Fiaskos ist die Aufrechterhaltung der Legitimität der Eliten keine leichte Aufgabe. Die auf Sicherheit bezogene Rhetorik spielt dabei eine entscheidende Rolle, wie es die Verteufelung der Palästinenser, die systematische Instrumentalisierung der terroristischen Attentate oder selbst die jüngste „präventive“ Kampagne der Verteilung von Gasmasken gegen eventuelle Attacken durch im Irak vermutete biologische Raketen zeigen.

Aber der externe Feind reicht nicht aus. Um den Mangel an Billigarbeitskräften nach der Sperrung der palästinensischen Gebiete auszugleichen, ließen die israelischen Behörden in den 90er Jahren Hunderttausende von türkischen, philippinischen, thailändischen usw. Arbeitern kommen, die heute den Wahlsündenbock darstellen. Sharons Finanzminister, Silvan Shalom erläuterte den Krieg gegen die Armen und die Jagd auf Immigranten als Mittel, die von nun an die Sozialpolitik der israelischen Regierung ersetzen sollen: „Ich habe den Beamten meines Ministeriums den Auftrag gegeben, in öffentlichen Ausschreibungen eine Klausel einzufügen, die die Märkte für jene Unternehmen reserviert, die ausschließlich Israelis beschäftigen. Einige sagen, dass dies unmöglich ist, dass Israelis keine schweren Arbeiten machen wollen. Ich bin damit nicht einverstanden. Sie sagen, dass die Einführung dieser Politik der ausschließlichen Beschäftigung von Israelis uns teuer zu stehen kommen wird. Es koste, was es wolle. Das ist besser, als weiterhin Arbeitslosengeld zu bezahlen und eine Kultur der Arbeitslosigkeit zu finanzieren“ [17].

Le Pen hat davon geträumt, Sharon setzt es in die Tat um: Das Amt für Einwanderung leitete im November 2002 eine Werbekampagne mit dem Ziel ein, eine Maßnahme zur Ausweisung von 50.000 ausländischen Arbeitern zu fördern. Ihr Slogan ist: „160.000 illegale immigrierte Arbeiter, 260.000 (israelische) Arbeitslose: Das ist nicht gerecht, das ist illegal und das geht so nicht“ [18]. In der gehobeneren Sprache der israelischen Zentralbank: „Die Verringerung der Anzahl ausländischer Arbeiter und die gleichzeitige Einführung von Maßnahmen zur Senkung des

Grenzeinkommens (oberhalb dieser Einkommensgrenze sind die Arbeiter bereit, in den Arbeitsmarkt einzutreten) werden dazu beitragen, die Zahl israelischer Arbeitnehmer deutlich zu erhöhen“ [19]. Die universellen Themen der rassistischen Rechtsextremen („zunächst der Nationsangehörigen“) verbinden sich auf harmonische Weise mit der alten neoliberalen Leier der „Arbeitslosigkeitsfalle“ und der unsere Großzügigkeit ausnutzenden Bezieher einer staatlichen Unterstützung.

Über die speziellen Aspekte der israelischen Situation und des zionistischen Projektes hinaus bietet die Entwicklung der israelischen Gesellschaft und der Wirtschaft einen Einblick, durch den man ein allgemeineres Paradigma verstehen kann, das heute die herrschenden Eliten in der Mehrheit aller westlicher Länder dominiert: Die Wiederherstellung einer wackligen Legitimität durch die Instrumentalisierung, durch die Darstellung und sogar durch die Nahrung von Terror- und Sicherheitsbedrohungen. Auch wenn sich einige gegen die kriegerischen Exzesse von Bush Jr. und Blair stellen, so verwenden doch alle europäischen Regierungen dieses Rezept ohne Vorbehalt. Chirac und Sarkozy haben es noch anlässlich der Präsidentschaftswahlen von 2002 gezeigt. Terroristen, Einwanderer, Arbeitslose: Durch das Schreckgespenst der neuen Feinde des Volkes wollen unsere Regierungseliten ihre Popularität trotz der Verfolgung und der Vertiefung der liberalen Politiken wiedergewinnen. Dieses neue Sicherheitsparadigma der liberalen Globalisierung findet im Mittleren Orient einen idealen Raum zum Experimentieren: Die israelisch-palästinensische Frage gehört daher zu den zentralen Themen der weltweiten Bürgerbewegungen.

Kontakt für diesen Artikel : cs@attac.org

[1] Für 1990-1996; siehe Webseite des israelischen Statistikamtes: <http://www.cbs.gov.il/statistical/econom.htm>

[2] Die Einwanderung ist seit dem Mauerfall enorm (fast 400.000 Einwanderer 1990-91, eine Million in den 90er Jahren; das sind fast 20% Bevölkerungswachstum für eine Bevölkerung von 6,5 Millionen im Jahr 2001).

[3] Zonen A (Städte) unter komplett palästinensischer Souveränität, Zonen B (Dörfer) mit palästinensischer Zivilverwaltung und israelischer Sicherheitsverwaltung, Zonen C (ländliche Gegenden und Grenzgebiete) unter israelischer Souveränität.

[4] Sara Roy (1998), “The Palestinian Economy and the Oslo Process: Decline and Fragmentation”, The Emirates Occasional Papers, n° 24

[5] Edward Said, in The new Intifada, herausgegeben von Roane Carey, Verso, S. 28.

[6] IDB, Ofer, Koor, Dankner, Arison. Siehe das exzellente Werk von Jonathan Nitzan und Shimshon Bichler (The global political economy of Israel, Pluto Press, 2002), vor allem S. 84-91.

[7] Eine der wichtigsten ist « Check point Software » (sic, dies ist wirklich nicht erfunden!), der Erfinder der berühmten „Firewall“ (Schutzsystem für Informatiknetzwerke)

[8] „Die Mehrheit der erfolgreichen High Tech Unternehmen ist eng mit dem Militär verbunden“ (Nitzan, Bichler, S. 346); Israel zählt 135 Ingenieure auf 10.000 Einwohner gegenüber 85 in den USA, und diese Reserve „vergrößerte sich in den 90er Jahren durch den massiven Zufluss von hochqualifizierten Einwanderern aus der UdSSR“ (id., S. 347).

[9] Siehe Grafik im Werk von Nitzan und Bichler.

[10] Statistisch ausgedrückt, die reichsten 10 Prozent; siehe Sozialbericht des ADVA Centers (Information on equality and social justice in Israel), <http://www.adva.org/socialreport2001english.pdf>.

[11] genauer, nach offiziellen Angaben, von „in Europa oder in den USA geborenen Vätern“

[12] oder genauer von „in Afrika oder in Asien geborenen Vätern“

[13] Memoiren von Sharet, zitiert durch Nitzan und Bichler, 2002, S. 102.

[14] Siehe http://www.cbs.gov.il/israel_in_figures/indict1e_mar02.htm

[15] J. Hammer, “A 12 billion question“, Newsweek, 10.02.2003. Der Journalist von Newsweek erwähnt die Möglichkeit, dass die USA, als Austausch für diese Hilfe, von Sharon fordern könnte, „einige der 145 Kolonien des Westjordanlandes oder Gazas einzufrieren oder sogar abzubauen“. Aber gleichzeitig fügt er hinzu: „Ob die Bush-Regierung dazu den Mut hat?“

[16] Weltbank, “Fifteen months. Intifada, closures and Palestinian economic crisis, an assessment“, <http://Inweb18.worldbank.org/mna/mna.nsf>

[17] Silvan Shalom, Finanzminister, Rede in der Knesset am 30.10.2001.

[18] Ruth Sinai, „A state-sponsored racist campaign“, Haaretz, 11.11.02.

[19] Bank of Israel, “Recent economic developments“, <http://www.bankisrael.gov.il/develeng/develeng99/develeng.pdf>. Die gleichen Wirtschaftswissenschaftler verbinden ansonsten den Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen in den 90er Jahren mit dem russischen Immigrationsboom. Die jüdische Immigration schafft Arbeitsplätze, aber nicht die asiatische oder die türkische Immigration...

Übersetzung: Annette HEISS, Yann-Christoph PELZ
8.4.2003, ehrenamtliches Übersetzungs-Team,
coorditrad@attac.org sig21md

Um Mitternacht ein Klopfen

Uri Avnery, 19.04.2003

Es war eine fast unglaubliche Zeitungsstory, um die Staatskasse in Ordnung zu bringen, hat das Erziehungsministerium entschieden, Hunderte von Lehrern zu entlassen. Eine private Gesellschaft erhielt den Auftrag, den entlassenen Lehrern die bittere Nachricht zu überbringen. Zwei Tage vor Pessach, einem der Höhepunkte des jüdischen Kalenders - für religiöse genau so wie für nicht religiöse Juden - dann, wenn die Familien für eine fröhliche Sederfeier um den Tisch versammelt sind, zogen die Boten der Gesellschaft hinaus, um ihren Job zu tun. Sie klopfen um Mitternacht an die Türen und überbrachten die Kündigung. Selbst die israelische Öffentlichkeit, die sich schon kaum mehr über etwas aufregt, war einen Augenblick lang schockiert. Wie konnte so etwas passieren? Hätte man nicht bis nach dem Fest warten können? Was für eine Gemeinheit!

Für mich bedeutete dies mehr als nur einen Fehler irgend eines Regierungsbüros. Es ist gleichsam ein symbolischer Akt, der all das widerspiegelt, was im heutigen Israel nicht in Ordnung ist.

Zunächst die Grausamkeit. Natürlich war es nicht absichtlich. Die Ministerin für Bildung und Erziehung hat dem privaten Unternehmer nicht gesagt, überreicht das Kündigungsschreiben in möglichst schmerzvoller Weise. Die Unternehmer hatten sich nicht zusammengesetzt und entschieden: machen wir dies kurz vor Pessach, und klopfen wir in der Mitte der Nacht an ihre Türen, so wie Stalins Geheimpolizei oder wie die israelischen Soldaten der Spezialeinheiten in Nablus.

Nein, keiner hat dies entschieden. Keiner hat darüber nachgedacht. Genau das ist das Erschreckende: die totale Gefühllosigkeit.

Das wäre vor drei oder vier Jahren noch unmöglich gewesen. Irgend jemand hätte beizeiten interveniert und geschrien: Was macht ihr eigentlich? Seid ihr verrückt geworden? Die Juden haben sich selbst immer als "mitleidende Kinder der Mitleidenden" empfunden. Sie glaubten immer, dass Mitleid eine jüdische Erfindung sei und zitierten die alten Texte (wie das ausdrückliche Sabbatgebot in den Zehn Geboten, das den Juden befiehlt, auch ihre Sklaven und die Tiere an jedem 7.Tag ruhen zu lassen.) Nietzsche, der Mitleid verabscheute, klagte das Judentum an, eine Mitleidsmoral geschaffen zu haben.

Die neue hebräische Gesellschaft, die in diesem Lande aufgebaut wurde, war immer stolz auf ihre "Verantwortung für einander", die Tatsache, dass keiner in unserer Gesellschaft hungert, dass die Behinderten, Kranken, Alten und Arbeitslosen von der ganzen Gesellschaft mitgetragen werden. Als ich einmal gefragt wurde, was es mir in meiner Kindheit bedeutet hat, Jude zu sein, nannte ich das Mitleid, verbunden mit dem Bemühen um Gerechtigkeit, Gewalt zu verabscheuen, für den Frieden zu kämpfen und Bildung zu schätzen.

So ist es nicht mehr. Nach zwei Jahren der Al Aksa-Intifada sind die Gefühle der israelischen Gesellschaft fast vollkommen abgestumpft. Die schrecklichen Dinge, die täglich geschehen in den besetzten Gebieten, passieren, ohne Erwähnung zu finden. "Absperrungen" und Ausgangssperren, die monatelang dauern, Hunger und Durst, Kranke sterben wegen mangelnder medizinischer Behandlung, die Zerstörung von Häusern und das Entwurzeln ganzer Olivenhaine - dies sind Peanuts, Routineangelegenheiten. Von Scharfschützen in ihren Wohnungen oder auf den Straßen erschossene Männer, Frauen und Kinder? Wen kümmert das schon?" Die von einem riesigen Bulldozer zermalmt junge Amerikanerin, als sie versuchte, die Zerstörung eines palästinensischen Hauses zu verhindern? Na und. Sie hat es verdient. Ein Steine werfender palästinensischer Junge von einem Panzer aus erschossen? Drei Zeilen in der Zeitung - vielleicht nicht einmal das.

Die Gefühllosigkeit hat sich aus den besetzten Gebieten nun nach Israel selbst ausgebreitet. Zeitungsfotos zeigen, wie Menschen in Abfallbehältern herumwühlen. Nun, so ist es eben. Schicken Regierungsbüros hungrige, arme Leute zu einer kostenlosen Mahlzeit zu privaten Wohlfahrts-einrichtungen? Wer kümmert sich schon darum.

Der neue Finanzminister, Binyamin Netanyahu, der für einen einzigen Vortrag in den USA 50000 Dollar Honorar erhält, hat einen Wirtschaftsplan vorgelegt, der die Ärmsten der Armen schmerzhaft trifft. Er reduziert die monatliche Altersrente (auf weniger als 300 Euro), die Kinderbeilage, die Arbeitslosenrente, den Zuschuss für Heimunterbringung zurückgebliebener Kinder und der Alten, auch das Erziehungs- und Gesundheitsbudget.

Revoltiert die Öffentlichkeit? Gehen die Studenten en masse auf die Straße? Explodieren die Medien deshalb vor Wut? Setzt die Opposition in der Knesset - falls es so etwas überhaupt gibt - Himmel und Erde in Bewegung? Überhaupt nicht. Die Histadrut (Vereinigte Gewerkschaften), die die stärksten und reichsten Arbeiterkomitees vertritt, droht mit einem Generalstreik. Was noch? Hier und da gibt ein Politiker ein Statement von sich und hofft so, in die Schlagzeilen zu kommen. Hier und da protestieren eine Handvoll Leute, die ein Gewissen haben. Ab und zu schreibt ein Kolumnist einen empörten Artikel. Und das ist es dann. So werden die Armen etwas ärmer und die Reichen etwas reicher. Ist das etwas Neues?

Als Nethanyahu selbst nach diesem Plan befragt wurde, hielt er sich an die wohl bewährte israelische Linie: "Es gibt keine Alternative." Die israelische Wirtschaft geht abwärts. Das ist die Schuld Arafats. Die Intifada hat unsere Wirtschaft zerstört. Und das ist neu und insgesamt mit weit reichenden Folgen.

Dies muss erklärt werden: Länger als fünf Jahrzehnte erfreute sich die israelische Gesellschaft der angenehmen Illusion, dass es überhaupt keine Verbindung gäbe zwischen

unserer Politik gegenüber den Arabern und unserer wirtschaftlichen Situation. Das war ein Grundstein unseres nationalen Bewusstseins. Während meiner zehn Jahre als Knessetabgeordneter hielt ich wenigstens hundert Reden genau über dieses Problem. In Debatten über die Wirtschaft wies ich auf die Sicherheitspolitik und die Besatzung hin. In Debatten über die Sicherheitspolitik stellte ich Fragen zu den wirtschaftlichen Kosten.

Jede dieser Reden verursachte wütende und ungeduldige Reaktionen aus allen Teilen des Hohen Hauses. Während Sicherheitsdebatten schrie man mich an: "Was hat das mit unserer Wirtschaft zu tun? Wir reden jetzt über Terrorismus!" In Debatten um die Wirtschaft schrie man: "Wir reden über Wirtschaft. Warum bringst du jetzt deine Palästinenser hier herein?" (Nur einmal in all den Jahren zog mich ein Stellvertreter des Finanzministers im Flur beiseite und sagte: "Sie sind der einzige, der vernünftig redet." (Ich bin kein Wirtschaftsfachmann. Ich fühlte mich geschmeichelt.)

Dieses Ignorieren der Kosten des Krieges und der Besatzung hat seltsame Resultate gehabt: die ärmsten Leute, die Arbeitslosen und die Bewohner der heruntergekommenen, sog. "Entwicklungsstädte" haben immer den Likud gewählt. Bei den letzten Wahlen wählten sie einstimmig Sharon. Sie haben nur zwei Forderungen: die Araber niederzuschlagen und die wirtschaftliche Krise zu beenden. Sie sahen zwischen

den beiden keinen Widerspruch und keinen Zusammenhang.

Aber seit einigen Monaten verändert sich etwas im öffentlichen Bewusstsein. Um der Klage, die Wirtschaftspolitik der Regierung hätte die Depression verursacht, entgegenzutreten, mussten die Sharonleute zugeben, dass die Intifada die Hauptursache sei, auch wenn die weltweite Krisis noch dazu kommt. Die Intifada hat der Tourismusbranche, einem der wichtigsten Sektoren unserer Wirtschaft, einen schweren Schlag versetzt. Ausländische Investitionen, die wesentlich für das ökonomische Wachstum sind, sind zum Erliegen gekommen. Die riesige Armee, die für den Kampf gegen die Intifada nötig ist, verschlingt - zusammen mit den Siedlern - einen ungeheuren Teil unseres Sozialproduktes (viele Male mehr pro Kopf als in den USA)

Einige Leute hoffen, dass wenn die Depression sich ausweitet, dann werden sich die "schwachen Schichten" (wie die Armen in Israel genannt werden) eines Tages gegen die Sharonregierung erheben; die Massen werden die Straßen füllen und die Regierung stürzen. Das mag zu optimistisch klingen. Aber wenigstens kann man von der Nacht träumen, wenn um Mitternacht die Leute an die Tür der Regierung klopfen und ihr die Entlassungsurkunde aushändigen.

(Aus dem Englischen: Ellen Rohlf's, vom Verfasser autorisiert)

Antizionismus ist nicht Antisemitismus

Michel Warschawski (Leiter des Alternative Information Center in Jerusalem)

Der israelisch-palästinensische Konflikt verführt leicht zu religiösen oder zumindest ethnischen Interpretationen. Er spielt sich auf einem Gebiet ab, das die Wiege von Weltreligionen war und das viele "Heiliges Land" nennen; der Zionismus wird oft als "Rückkehr" des jüdischen Volkes ins Gelobte Land dargestellt, und seine Argumente schöpfen viel aus dem Bereich tradierter Rechte, wenn nicht gar göttlicher Verheißung; Jerusalem ist dreifach heilige Stadt und von Wallfahrtszielen übersät.

Die Allgegenwart der islamistischen Kultur im arabischen Bewusstsein und in der arabischen nationalen Kultur geht gleichfalls schwanger mit der Konfessionalisierung eines Konflikts, der oft als Befreiung eines islamischen, von Ungläubigen besetzten Bodens dargestellt wird. Dem muss die zionistische Idee hinzugefügt werden, einen "jüdischen Staat" zu schaffen, und die entsprechende permanente Strategie jüdischer Kolonisierung, die nicht ohne den ethnischen Säuberungskrieg von 1948 auskam.

Es ist ein Verdienst Yasser Arafats, in einem solchen Kontext alles Menschenmögliche getan zu haben, um den israelisch-palästinensischen Konflikt in seiner politischen (und nicht religiösen oder ethnischen) Dimension zu halten: nämlich die eines Kampfes für nationale Befreiung und

Unabhängigkeit, eines antikolonialen Kampfes um ein Territorium und um nationale Souveränität.

Umgekehrt ist eines der größten Verbrechen des ehemaligen Premierministers Ehud Barak, das religiöse Element in die Verhandlungen eingeführt zu haben, indem er auf dem zweiten Gipfeltreffen von Camp David die jüdische Souveränität über die Moscheenallee von Jerusalem auf der Grundlage religionsgeschichtlicher Thesen gefordert hat. Diese irre Forderung war ohne Zweifel einer der Hauptgründe für den Zusammenbruch des Oslo-Prozesses. Die Geschichte wird zeigen, ob sie nicht auch zum Auslöser eines Religionskrieges im gesamten Mittleren Osten und eines weltweiten islamisch-jüdischen Konflikts wird.

Der israelisch-palästinensische Konflikt ist ein politischer Konflikt zwischen einer kolonialen Bewegung und einer nationalen Befreiungsbewegung. Der Zionismus ist eine politische und keine religiöse Ideologie, die darauf abzielt, die jüdische Frage in Europa durch die Einwanderung in Palästina, seine Kolonisierung und die Schaffung eines jüdischen Staates zu lösen. So haben seine Sprecher ihn immer definiert, von Herzl bis Ben Gurion, von Pinsker bis Jabotynski, die die Konzepte der Kolonisierung (Hityashvut) oder der Kolonien (Yishuv, Moshav) nie in einem negativ wertenden Sinne benutzt haben. Bis zum Aufstieg des

Nazismus hat die überwältigende Mehrheit der Juden weltweit den Zionismus verworfen, sei es als Häresie (das war die Position der großen Mehrheit der Rabbiner und der religiösen Juden), sei es als reaktionär (das war die Position der jüdischen Arbeiterbewegung in Osteuropa), sei es als anachronistisch (so dachten die emanzipierten oder assimilierten Juden in Mittel- und Westeuropa). In diesem Sinne wurde der Antizionismus immer als eine politische Position unter anderen verstanden, die dazu noch ungefähr ein halbes Jahrhundert in der jüdischen Welt hegemonial war. Erst seit etwa dreißig Jahren gibt es eine breite Kampagne, die mit unleugbarem Erfolg versucht, nicht zur Kontroverse über die politische Sinnhaftigkeit des Zionismus beizutragen, zur Analyse seiner Dynamik und seiner politischen und moralischen Implikationen, sondern den Antizionismus zu delegitimieren, indem er ihn mit Antisemitismus gleichsetzt.

Semantische Verschiebungen ...

Wie jeder andere Rassismus negiert der Antisemitismus (oder die Judenfeindlichkeit) den Anderen in seiner Identität und in seiner Existenz. Der Jude ist, egal was er tut, egal was er denkt, Hassobjekt bis hin zur Ausrottung, nur weil er Jude ist.

Der Antizionismus hingegen ist eine politische Kritik an einer politischen Ideologie und Bewegung; er greift nicht eine Menschengruppe an, sondern stellt eine bestimmte Politik in Frage. Wie kommt man dann dazu, die politischen Ideen des Antizionismus mit der rassistischen Ideologie des Antisemitismus gleichzusetzen? Eine europäische Gruppe zionistischer Intellektueller hat die Lösung gefunden, indem sie das Unterbewusste ins Spiel bringt und ein Konzept einführt, mit dem man alles beweisen kann: nämlich das der "semantischen Verschiebung". Wenn man den Zionismus anklagt oder auch Israel kritisiert, dann geht es einem, manchmal unbewusst, nicht um die Politik einer Regierung (der Regierung Sharon) oder um den kolonialistischen Charakter einer politischen Bewegung (des Zionismus) oder, mehr noch, den institutionalisierten Rassismus eines Staates (Israel), sondern um die Juden. Wenn man sagt: "Die Bombardierungen der Zivilbevölkerung sind Kriegsverbrechen", oder: "Die Kolonisierung ist eine flagrante Verletzung der Vierten Genfer Konvention", meint man in Wirklichkeit: "Das jüdische Volk ist verantwortlich für den Tod von Jesus Christus" und "Tod den Juden"! Natürlich kann man auf ein solches Argument nichts erwidern, denn jede Antwort wird, vielleicht unbewusst, zur Verteidigung des Antisemitismus. Das Argument der Bedeutungsverschiebung und der Rückgriff auf das Unterbewusste in der politischen Polemik beendet jede Möglichkeit der Debatte, egal zu welchem Thema im Übrigen. Die Verurteilung des Kolonialismus wird zu einer Verurteilung des Engländers (oder des Franzosen oder des Deutschen, je nachdem), seiner Kultur und seiner Existenz. Auch den Antikommunismus gibt es nicht, er ist eine Wortbedeutungsverschiebung für den Slawenhass. Wenn ich sage: "Ich mag keinen Camembert", denke ich in Wirklichkeit: "Tod den Franzosen!"; wenn ich erkläre, jiddische Musik zu mögen, sage ich mittels semantischer Verschiebung, dass ich die Araber hasse...

Der Antisemitismus existiert und scheint in Europa wieder sein Haupt zu erheben — nach einem halben Jahrhundert der Ächtung in Folge des Grauens des Völkermords an den Juden durch die Nazis und der Verbrechen der Kollaboration. Bei einem wachsenden Anteil der arabisch-moslemischen Gemeinden in Europa nehmen rassistische Verallgemeinerungen zu, werden unterschiedslos die Juden für die Verbrechen verantwortlich gemacht, die der jüdische Staat und seine Armee verüben. Im Übrigen findet sich der Antisemitismus oft im selben Lager wieder, das die israelische Politik bedingungslos unterstützt, so z.B. unter den fundamentalistischen protestantischen Sekten, die in den USA die wirkliche proisraelische Lobby darstellen.

Der antiarabische Rassismus existiert ebenfalls, nur räumen die Medien den drastischen Polemiken des Beitart und der Jüdischen Verteidigungsliga gegen die islamischen Institutionen oder gegen Organisationen, die sich der israelischen Kolonisierungspolitik widersetzen, wenig Platz ein — oder den Parolen, die die Häuserwände gewisser Viertel in Paris verunzieren ("Tod den Arabern", "Keine Araber, keine Anschläge") oder den organisierten Ausschreitungen zionistischer Kommandos.

Der antiarabische und der antijüdische Rassismus müssen beide ohne Zugeständnisse verurteilt und bekämpft werden, und das kann man wirksam nur machen, wenn man sie frontal bekämpft, sonst verstärkt man die verbreitete Idee, hinter der Verurteilung des einen Rassismus stecke faktisch ein Angriff auf die andere Menschengruppe.

Diejenigen, die tatsächliche oder durch "Wortbedeutungsverschiebung" unterstellte antisemitische Handlungen verurteilen und zu antiarabischen Exzessen schweigen, machen sich mitverantwortlich für die Kommunitarisierung und Ethnisierung der Köpfe und für die Verstärkung des Antisemitismus, denn sie bekämpfen nicht den Rassismus überhaupt, egal von wem er ausgeht und gegen wen er sich richtet, sondern ausschließlich den Rassismus der anderen. Sicher sind nicht sie es — die Tarnero, Lanzmann und anderen Tagieffs — die das Recht hätten, der radikalen Linken und der Bewegung gegen die marktradikale Globalisierung, die immer an der Spitze antirassistischer Kämpfe standen und keinen dieser Kämpfe im Stich lassen, irgendwelche Lehren zu erteilen.

...und reale Komplizenschaft

Doch gehen wir einen Schritt weiter. Ein wichtiger Teil der Verantwortung für das Übergleiten von der Kritik an der israelischen Politik zu antisemitischen Haltungen ruht auf den Schultern eines Teils der oft selbsternannten Vorstände der jüdischen Gemeinden in Europa und in den USA. Tatsächlich sind sie es, die sehr oft die jüdische Gemeinde als solche mit einer bestimmten Politik gleichsetzen — nämlich der einer bedingungslosen Unterstützung der politischen Führung Israels. Wenn sie, wie in Straßburg, dazu aufrufen, ihre Unterstützung für Sharon auf dem Vorplatz einer Synagoge zu demonstrieren, wen wundert es dann, wenn die Synagoge zur Zielscheibe von Demonstrationen gegen die israelische Politik wird? Und was soll man von den kommunitaristischen Sprechern der jüdischen Gemeinde in Frankreich sagen, die den

Wahlerfolg Le Pens "verstehen" und "hoffen, dass er die arabische Gemeinde in Frankreich zum Nachdenken bringt"? Kann man in dieser Haltung die Komplizenschaft mit dem Mann übersehen, der in Frankreich am meisten die rassistische — und so auch die antisemitische — Ideologie verkörpert? Eine Komplizenschaft, die die Zusammenarbeit extrem rechter Organisationen wie des Beitar mit faschistischen und antisemitischen Gruppen wie Occident aus den 70er Jahren fortsetzt... Hier handelt es sich nicht mehr um semantische Verschiebung, sondern um ein abgekartetes Spiel.

Die israelische Politik wird weltweit von vielen kritisiert, und je mehr der jüdische Staat außerhalb des Rechts handelt, desto mehr wird er als gesetzlos betrachtet werden und den entsprechenden Preis dafür bezahlen. Es ist völlig unakzeptabel und unverantwortlich, dass solche jüdischen Intellektuellen, die wie die Vorstände jüdischer Gemeinden in aller Welt eine absolute Identifikation mit Israel zur Schau tragen, letztere mit in den Abgrund ziehen, auf den Ariel Sharon und seine Regierung zustreben.

Im Gegenteil, wenn sie wirklich von der Sorge um die Gemeinschaft bewegt wären, in deren Interesse sie zu sprechen vorgeben, würden sie ihr Möglichstes tun, um die barbarischen Akte des israelischen Staates zu demaskieren und die dramatischen Konsequenzen aufzuzeigen, die diese Handlungen früher oder später für eine nationale hebräische Existenz überhaupt im Nahen Osten nach sich ziehen werden.

Dadurch würden sie Verantwortungsbewusstsein auch gegenüber der jüdischen Gemeinschaft in Israel an den Tag legen: Wäre es nicht besser, wenn sie, statt dem israelischen Draufgängertum zu schmeicheln und zur wachsenden selbstmörderischen Verblendung der israelischen Führung und Bevölkerung beizutragen, und statt mit Lanzmann zu schreien: "Immer bedingungslos mit Israel", als Schutzwall fungierten und Sharon und seine Regierung vor den dramatischen Konsequenzen seiner Politik warnten?

Sind sie so blind, nicht zu sehen, dass die Straffreiheit, derer sich Israel bei bestimmten politischen und weltanschaulichen Strömungen in Europa und Nordamerika erfreut, nur die andere Seite des Antisemitismus und seines Arsenal "jüdischer Besonderheiten" ist? Sind sie so stumpfsinnig nicht zu begreifen, dass für viele sog. Freunde Israels die Haltung des Gewährenlassens gegenüber dem jüdischen Staat Ausdruck eines Zynismus ist, der die Juden gern frontal gegen die Wand laufen sieht? Und dass im Gegenteil denjenigen, die Israel — und manchmal hart — kritisieren, das Leben und Überleben seiner Bevölkerung wirklich am Herzen liegt?

Ariel Sharon, seine Minister, seine Generäle, seine Richter und ein Teil seiner Soldaten werden sich eines Tages vor dem Internationalen Strafgerichtshof für Kriegsverbrechen oder sogar für Verbrechen gegen die Menschlichkeit

verantworten müssen. Damit dann nicht die gesamte israelische Bevölkerung auf der Anklagebank sitzt, gibt es in Israel Tausende Männer und Frauen, Zivilisten und Soldaten, die "Nein" sagen, die Widerstand leisten und in Opposition gehen.

Um die Juden der Welt vor dem Vorwurf der Mitverantwortlichkeit zu schützen, um der antisemitischen Propaganda den Boden zu entziehen, die die Leiden der Palästinenser instrumentalisiert, um jeden Juden, nur weil er Jude ist, für schuldig zu erklären, um der Kommunitarisierung und Ethnisierung des israelisch-palästinensischen Konflikts einen Riegel vorzuschieben, ist es unbedingt notwendig, dass sich eine mächtige und feste Stimme innerhalb der jüdischen Gemeinden Gehör verschafft, die sagt, was der Name einer US-amerikanischen jüdischen Organisation ausdrückt, die sich diesem Ziel verschrieben hat: "Nicht in unserem Namen!"

Es ist natürlich auch die Pflicht der demokratischen und linken Organisationen auf der ganzen Welt, die Verbrechen Israels ohne jede Konzession zu verurteilen, nicht nur weil die Verteidigung der Unterdrückten und Kolonisierten, welcher auch immer, integraler Bestandteil ihres Programms und ihres Denkens ist, sondern auch weil nur eine klare und mit den anderen Kämpfen, die sie führen, kohärente Position es ihnen ermöglicht, den Kommunitarismus und Rassismus in ihrem eigenen Land zu bekämpfen.

Sich von der Erpressung mit dem Antisemitismusverdacht abschrecken zu lassen, zu schweigen, um sich nicht der Anklage auszusetzen, man leiste "dem Antisemitismus Vorschub" oder sei gar "unbewusst antisemitisch", kann letztlich nur den wirklichen Antisemiten zugute kommen oder zumindest die identitäre und kommunitaristische Verwirrung fördern.

Die wirkliche antirassistische und antikolonialistische Linke braucht nicht erst zu beweisen, dass sie im Kampf gegen die antisemitische Pest steht. Sie wird diesen Kampf desto wirksamer fortführen, je klarer und unzweideutiger sie zu den Kriegsverbrechen Israels und zu seiner Kolonisierungspolitik Stellung bezieht.

Abdruck aus der Sozialistischen Zeitung, September 2002

/

Hinweis auf eine Internet-Adresse:
Alternative Information Center
<http://www.alternativenews.org>

A Jewish Voice for Peace
<http://www.jewishvoiceforpeace.org>

Europäische Juden für einen gerechten Frieden

Wir, Vertreter von sechzehn jüdischen Friedensorganisationen aus acht europäischen Ländern, haben uns auf der Konferenz „Don't say you didn't know“ in Amsterdam am 19. und 20. September 2002 getroffen.

Wir rufen die israelische Regierung dazu auf, ihre aktuelle Politik zu ändern und die Vorschläge der folgenden Erklärung zu verwirklichen;

wir rufen alle andere Regierungen, die UNO und die EU, auf die israelische Regierung Druck auszuüben, damit sie die Vorschläge der folgenden Erklärung verwirklicht:

Erklärung

Wir glauben, dass der einzige Ausweg aus der jetzigen Sackgasse in einem Abkommen auf der Grundlage der Schaffung eines unabhängigen und lebensfähigen palästinensischen Staates und der Garantie eines sicheren und anerkannten (safe and secure) Israel und Palästina besteht. Dies setzt voraus:

1. die sofortige Beendigung der Besetzung der Besetzten Gebiete - Westbank, Gaza und Ostjerusalem – und die Anerkennung der Grenzen vom 4. Juni 1967;
2. die vollständige Räumung aller jüdischen Siedlungen in allen Besetzten Gebieten;
3. die Anerkennung des Rechtes beider Staaten, Jerusalem als ihre Hauptstadt zu haben;
4. die Anerkennung von Israels Anteil an der Schaffung des Problems der palästinensischen Flüchtlinge. Israel muss prinzipiell das Rückkehrrecht der Palästinenser als Menschenrecht anerkennen. Die praktische Lösung dieses Problems wird durch ein Abkommen zwischen beiden

Parteien auf der Grundlage von gerechten, fairen und praktikablen Erwägungen gelöst werden. Ein solches Abkommen wird Entschädigung beinhalten und die Rückkehr in das Territorium des palästinensischen Staates oder Israels, ohne die Existenz Israels zu gefährden. Wir rufen die internationale Gemeinschaft und insbesondere Europa zur politischen und finanziellen Unterstützung auf.

September 2002

Unterzeichner:

An Other Jewish Voice (The Netherlands)
Union des Progressistes Juifs de Belgique -UPJB (Belgium)
Network of Jews Against Occupation, Rome (Italy)
Group Martin Buber-Jews for Peace (U.K.)
Friends of the Israeli Palestinian Coalition of Peace
Just Peace UK * Jews for Justice for Palestinians (U.K.)
Jewish Socialist Group (U.K.)* British Friends of Peace
Now * Rabbis for Human Rights UK
Jewish Manifesto (Sweden) *
The Swedish Jewish Peace Group (Sweden)
Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina (Schweiz)
Union Juive Française pour la paix - UJFP (France)
Le Cercle Français de Juive Diasporque de Gauche cercle
Gaston Cremieux (France)
New Outlook (Dänemark)

Kontaktadresse der "European Jews for a Just Peace"

Een Ander Joods Geluid An Other Jewish Voice
Amsterdam, Netherlands Email: eajg@xs4all.nl
Aus dem Englischen übersetzt, SiG-Redaktion
Original unter <http://www.jvjp.ch>

Europäische Juden fordern Sanktionen gegen Israel

In Brüssel trafen sich 17 Organisationen, die von der EU eine aktive Friedenspolitik für den Nahen Osten verlangen

Reutlinger Generalanzeiger 19.3.2003

Brüssel. (GEA) Die Debatten im Foyer der Rue Pletinckx Nummer 19 haben einen vielsprachigen Chor für eine aktive europäische Friedenspolitik im israelisch-palästinensischen Konflikt ausgelöst. Die Konferenz von 17 jüdischen Gruppen aus neun europäischen Ländern, die sich voriges Wochenende in Brüssel trafen, sorgt unter Juden in Europa weiter kräftig für Gesprächsstoff.

Die meisten Teilnehmer kamen vom Verband: »European Jews for a Just Peace« (EJJP) Europäische Juden für einen gerechten Frieden, der im September 2002 unter dem Motto »Sagt nicht, dass ihr es nicht gewusst habt« seine Gründungserklärung veröffentlicht hatte. Die Berlinerin und Deutsch-Amerikanerin Audrey Berlowitz sieht in den Initiativen »Anlass zur Hoffnung«, dass sich eine neue jüdische Stimme in Europa Gehör verschafft: »Wir ertragen es nicht mehr, uns von konservativen jüdischen Gemeinden das Wort diktieren zu lassen.«

Bei seiner Gründung verdeutlichte der Verband, dass ein »gerechter Frieden« nur dann möglich sei, wenn Israel sich aus den besetzten Gebieten zurückziehe, einer palästinensischen Staatsgründung zustimme mit Jerusalem als doppelter Hauptstadt.

Jetzt auf der Konferenz in Brüssel veröffentlichten die gut

100 Teilnehmer einen offenen Brief an die Außenminister der EU und forderten sie auf, das Sonderabkommen mit Israel auszusetzen.

Nach diesem Assoziationsvertrag von 2000 darf Israel wie ein EU-Staat zollfrei Waren in die Europäische Union einführen. Explizit weist Artikel 2 auf die Einhaltung der Menschenrechte und internationale Rechte hin. Nach Überzeugung vieler europäischer Juden werden genau »diese Rechte täglich in den besetzten Palästinensischen Gebieten gebrochen«, durch Tötungen, willkürliche Festnahme und Zerstörung von Wohnhäusern sowie durch Abriegelung von Dörfern und Städten. EJJP-Chef Richard Kuper fordert dagegen mit vielen gleichgesinnten jüdischen Europäern eine »einzig den Menschenrechten verpflichtete Moral, die auch bei Israel keine Ausnahme machen darf«.

Dass die Realität davon weit entfernt ist, beklagt auch Adi Dagan, Sprecherin der israelischen Menschenrechtsgruppe »Machsom-Watch« (Checkpointbeobachter). Sie berichtet von täglicher willkürlicher Gewalt gegen palästinensische Zivilisten, die auf dem Weg zur Arbeit, Schule oder Universität an den Check points stundenlang warten müssen, gedemütigt und geschlagen werden. Und immer wieder wird selbst Ambulanzen mit schwer Verletzten der Weg versperrt.

Nach Überzeugung von Avi Dagan braucht die israelische Friedensbewegung Unterstützung aus Europa, um diese Realität der internationalen Öffentlichkeit klar zu machen. Peretz Kidron, Sprecher der israelischen Gruppe Yesh Gvul (»Es reicht«) pflichtet ihr bei. Er ist Wehrdienstverweigerer und verweigert wie mittlerweile über Tausend »Refusniks« den Einsatz in den besetzten Gebieten. Die Besatzung und

die Verletzungen fundamentaler Menschenrechte einer ganzen Zivilbevölkerung bezeichnet er als »Verbrechen«.

Aus aktuellem Anlass warnt der EJJP ausdrücklich auch vor einer neuen Eskalation in den besetzten Palästinensischen Gebieten im Schatten eines Krieges gegen den Irak.

Uri Avnery von der israelischen Friedensorganisation Gush Shalom zu der „Road-map“, 26.4.03

Arafat hat zugestimmt, dass Abu-Mazen Ministerpräsident wird (...) Abu-Mazen hat gegenüber seinem Volk und gegenüber der Welt eine große Verantwortung auf sich genommen. Er hat sich selbst in eine nahezu unmögliche Situation begeben.

Sharon & Co verlangen, dass er zuerst allem „Terrorismus“ ein Ende setzt (in palästinensischer Ausdrucksweise „bewaffneter Kampf“), die „terroristischen Organisationen“ liquidiert, ihre Waffen einsammelt und „Aufriegelung“ verhindert. Erst nach erfolgreicher Erfüllung von all dem könnten reale Verhandlungen beginnen. Das Einfrieren des Siedlungsbaus wird in diesem Stadium natürlich nicht einmal erwähnt.

Die palästinensische Öffentlichkeit andererseits fordert, dass die israelische Armee zuerst die palästinensischen Städte verlässt, dass „gezielte Attentate“, die Siedlungstätigkeit, das Zerstören von Häusern und all die anderen Akte der Besatzung beendet werden und reale Verhandlungen für die Errichtung eines Staates Palästina beginnen.

Das ist ein Teufelskreis.

Wenn die USA und Europa massiven Druck auf Sharon ausüben würden, in der Art, wie sie auf Arafat Druck ausübten, dann könnte der Teufelskreis überwunden werden. Die israelische Armee würde sich zurückziehen, die Situation in den besetzten Gebieten würde sich vollkommen verändern, die Palästinenser wären wieder in der Lage aufzuatmen, und Abu-Mazen würde als der Führer erscheinen, der schon eine Menge erreicht hat. Die Popularität der extremen Organisationen würde sich verringern.

Selbst wenn dies geschehen würde, kann Abu-Mazen keineswegs davon träumen, eine Massenverhaftung vorzunehmen, die Organisationen zu zerstören und ihre Waffen einzusammeln. Es gibt nichts, was die Palästinenser mehr fürchten als einen Bruderkrieg. Aber der Druck der palästinensischen öffentlichen Meinung würde wenigstens zu einem wirksamen Waffenstillstand führen. Sogar die extremen Organisationen reagieren auf die Einstellung ihrer Öffentlichkeit – wenn diese Ruhe wünscht, dann verhalten sie sich ruhig. So war es schon einmal während der ersten Phase nach dem Oslo-Abkommen.

Nehmen wir an, dass dies geschieht: Die palästinensischen Angriffe würden fast vollkommen aufhören. (Es wird immer einige Einzeltäter oder lokale Gruppen geben, die nach eigenem Ermessen handeln) Die Abu-Mazen-Regierung würde in den palästinensischen Städten und Dörfern gut funktionieren. Was dann?

Nach Veröffentlichung des Fahrplans, der sog. „road-map“, wird Sharon Dutzende von „Korrekturen“ vorschlagen, obwohl der Plan sich schon jetzt sehr nach Sharon richtet. Während die Palästinenser bei den Oslo-Abkommen schon 78% ihres Landes aufgegeben und akzeptiert haben, ihren eigenen Staat auf den restlichen 22% zu gründen und erklärt haben, dass sie in friedlicher Koexistenz mit Israel leben wollen, redet Sharon von „schmerzlichen Konzessionen“ ohne auszusprechen, was er in Wirklichkeit damit meint. Sollten Sharons „Korrekturen“ auch nur teilweise akzeptiert werden, würde der Plan den größten Teil seines Gehaltes verlieren, dann würde Abu-Mazen mit leeren Händen dastehen. Die Verhandlungen würden wie bei früheren Runden stagnieren. Nach und nach würden die Palästinenser zu der Folgerung kommen, dass sie ohne Gewalt nichts erreichen, die kämpfenden Organisationen werden wieder die Initiative ergreifen, und der bewaffnete Kampf wird wieder aufgenommen.

Sharon und Bush werden natürlich den Palästinensern die Schuld zuweisen. Sie werden sagen, dass Abu-Mazen die Ware nicht geliefert hat. Die Palästinenser werden ihrerseits sagen, dass Abu-Mazen naiv ist, dass er sich in die amerikanisch-israelische Falle hat locken lassen. Er wird zurücktreten. Arafats Ansehen wird sich zu neuen Höhen erheben.

Das nächste Kapitel kann vorausgesehen werden. Die christlichen Fundamentalisten und die zionistischen Neo-Konservativen, die zur Zeit Washington beherrschen, werden fordern, dass man Sharon freie Hand gibt. Die Palästinenser werden sich auf die dritte Intifada einlassen, noch extremer als die vorhergehenden. Blut und Feuer und Rauchsäulen!

Es könnte anders kommen. Zum Beispiel: Die USA hören damit auf, die andern Quartett-Mitglieder (EU, die UNO, Russland) mit Verachtung zu behandeln; sie üben dagegen Druck auf Sharon aus; Bush wird nicht wieder gewählt; die Verhandlungen kommen zu positiven Ergebnissen; das israelische Friedenslager gewinnt und der palästinensische Staat wird im Frieden gegründet.

Im Heiligen Land haben sich schon Wunder ereignet. Aber vorläufig ist Abu-Mazen nicht zu beneiden.

*Aus dem Englischen: Ellen Rohlf, vom Verfasser autorisiert; Hervorhebungen von der Attac-AG Palästina, Hamburg
AGPalaestina@gmx.de*

IRAK NACH DEM KRIEG: EIN MODELLPROJEKT FÜR DIE PRIVATISIERUNG?

Philip Mattera, Direktor der non-profit-organisation "Corporate Research Project" "Good Jobs First"

Diese Woche entwickelten US Militärs eine Lösung für das Chaos bei der Verteilung von Wasser an die Zivilbevölkerung der irakischen Hafenstadt Umm Qasr: Sie stellen Besitzern von Tanklastwagen unentgeltlich Wasser zur Verfügung. Diese dürfen dann die kostbare Flüssigkeit zu einem „vernünftigen“ Preis verkaufen. „Das schafft einen Anreiz für sie, sich ranzuhalten und an die Arbeit zu gehen“, sagte ein Armee Kommandeur einem Reporter der New Yorker Daily News.

Dieser Transfer eines öffentlichen Gutes in private Hände mag nur ein kleiner Schritt in Richtung auf eine umfassende Privatisierung im Irak sein, wenn der Krieg erst mal vorbei ist. Seit Monaten hört man aus konservativen Think Tanks und auch von anderen Analysten die Forderung, dass die Post-Saddam Hussein-Ökonomie nach den Prinzipien von Milton Friedman neu geordnet werden sollte.

Erst letzte Woche veröffentlichten Robert McFarlane, Nationaler Sicherheitsberater in der Reagan Administration, und Michael Bleyzer, Vorstand einer Investmentfonds Management Gesellschaft, einen Leitartikel im Wall Street Journal mit der Überschrift „Die private Einnahme des Irak“ (Taking Iraq Private). Die beiden argumentierten, dass „die USA und ihre Verbündeten gut beraten wären, ein Team aus führenden Unternehmern des privaten Sektors zusammenzustellen, das als ‚Lenkungsausschuss‘ die „ökonomische Neuordnung“ leiten und überwachen soll.

Vergangenen Herbst auf einer Konferenz, einberufen von der rechtsgerichteten Heritage Foundation, erging der explizite Aufruf zur Privatisierung, nicht nur zu gewöhnlichen privaten Investitionen. In einem Dokument, das auf dieser Konferenz präsentiert (und im letzten Monat revidiert) wurde, schrieben Ariel Cohen und Gerald O’Driscoll: „Um ihre Wirtschaft zu sanieren und zu modernisieren, muss sich eine Post-Saddam-Regierung gleichzeitig an einer Reihe von wirtschaftspolitischen Fronten bewegen und sich dabei die Erfahrungen von Privatisierungskampagnen und Strukturreformen in anderen Ländern zunutze machen.“ Die Autoren fahren fort mit ihrer Lektion Nr. 1 und der Aussage: „Privatisierung funktioniert überall.“ Letzten September stellte die Website „Washington File“ des US State Departments einen ausführlichen Bericht über die Diskussion bei der Heritage Konferenz zur Verfügung. Darin wird Ariel Cohen mit der Aussage zitiert, ganz oben auf der Liste seiner Empfehlungen stünden „moderne rechtliche Rahmenbedingungen, die Eigentumsrechte anerkennen, wie sie derzeit im Irak nicht existierten, was aber Bedingung für die Privatisierung ist.“

Wie schon bei anderen Angelegenheiten, die den Irak betreffen, finden auch die US Rufe nach Privatisierung in Großbritannien ihren Widerhall. Letzten Monat gab das Adam Smith Institut in seiner Begeisterung für freie Märkte ein Papier heraus mit dem Titel „Wege zu einer ökonomischen und politischen Tagesordnung für einen Neuen

Irak.“ Ein Kapitel dieser Dokumentation beginnt mit der Erklärung: „Privatisierung ist eine „conditio sine qua non“ für erfolgreiche Reformen im Irak.“ Und die Autoren fahren fort: „Im Irak gibt es viel zu privatisieren, weil sich ein beträchtlicher Anteil der Wirtschaft im Staatseigentum befindet.“ Unter den Industriezweigen, die zu haben sein sollten, machen sie die Bergbau-, Chemie- und Bauindustrie aus.

REIBACH FÜR GESCHÄFTEMACHER WIRD HERUNTERGESPIELT

Seit der Krieg begonnen hat, hat es die Bush Administration vermieden, über den geschäftlichen Geldsegen zu reden, der im Irak für US- und andere ausländische Firmen geschaffen wird. Sie war jedoch nicht tatenlos, sondern hat zum Beispiel schon den Auftrag für den Betrieb des Hafens von Umm Qasr an ein privates Unternehmen vergeben, die Stevedoring Services of America. Ein weiterer Auftrag, für die technische Unterstützung beim Wiederaufbau, ging an die International Resources Group. Sie wird den Auftrag teilen mit dem britischen Zulieferer Crown Agents, der selbst das Produkt der Privatisierung einer Britischen Beratungs- und Entwicklungsbehörde ist.

Die US-Behörde für Internationale Entwicklung, welche die Wiederaufbaupläne koordiniert, vergab an etwa ein halbes Dutzend große in den USA ansässige Unternehmen die Exklusivrechte, sich um den Generalauftrag für den Wiederaufbau der Infrastruktur zu bewerben. Laut verschiedener Presseberichte sind die führenden Bewerber um diesen Auftrag Bechtel Corp. und Parsons Corp. Letztere soll Kellogg Brown & Root eine Gesellschaft der Halliburton Companies als Zulieferer engagiert haben, nachdem Halliburton als Generalanbieter ausgeschlossen worden war, offensichtlich aufgrund von Kontroversen, im Zusammenhang um die Verbindungen des Unternehmens zu Vize-Präsident Cheney.

Bemerkenswert an Bechtel und Parsons ist, dass beide Unternehmen, zusätzlich zu ihren Hauptfirmenzweigen im Baugewerbe, auch an Privatisierungsaktivitäten in den Vereinigten Staaten und anderswo beteiligt sind. Bechtel spielt eine führende Rolle bei der Privatisierung von Wasserversorgungseinrichtungen. Es steht gleich an vierter Stelle hinter den großen drei in diesem umstrittenen Geschäftsbereich – Suez, Vivendi Universal und RWE/Thames Water. Eine Tochtergesellschaft von Bechtel war gezwungen worden, ihre Aktivitäten in Cochabamba, Bolivien, einzustellen, nachdem es zu Aufständen in der Bevölkerung wegen massiver Erhöhungen der Wasserpreise. Bechtel ist nun dabei, Bolivien über ein Femegericht der Weltbank auf 25 Millionen Dollar Schadensersatz zu verklagen. Parsons führt Machbarkeitsstudien für Privatisierungen durch und übernimmt manchmal auch die Projekte selbst. Das berühmteste Beispiel für letzteres ist die Rolle dieses Unternehmens bei der Privatisierung des Kraftfahrzeug-

Inspektions-System im Staate New Jersey. Das Projekt war mehr als 500 Millionen Dollar wert und galt wegen exzessiver Kosten als ineffizient. Parsons war der einzige Bewerber um diesen Auftrag und er gewann ihn in den späten 90er Jahren von der Administration unter Gouverneur Christie Whitman. Whitman leitet nun die US Behörde für Umweltschutz.

Im Irak gibt es klarer weise noch viel mehr Geschäfte zu vergeben. Die Bush Administration soll etwa zehn Arbeitsgruppen ins Leben gerufen haben, welche die Transformation von allem und jedem planen sollen, von der Landwirtschaft bis zum Bankwesen. Man erwartet, dass die Aufträge zum Wiederaufbau von Einrichtungen wie Flughäfen, Schulen und Krankenhäusern an US-Firmen gehen.

DER ERSTE PREIS

Der erste Preis ist natürlich das Öl. Es steht außer Frage, dass ausländische Firmen ins Land geholt werden, um das Erdölssystem des Iraks nach dem Krieg zu betreiben. Die Frage ist nur, werden sie auf unbestimmte Zeit dort bleiben und werden sie vielleicht sogar Eigentumsrechte erwerben. Einige Leute vermuten, dass das der Fall sein wird. Im Dezember veröffentlichten die Autoren des Berichts der Heritage Foundation einen Artikel in der Online-Ausgabe der konzervativen National Review mit der Überschrift „PRIVATIZE IRAQI OIL“. Die Los Angeles Times berichtete im Februar, dass eine Beraterkommission des Außenministeriums, bestehend aus Exilirakern aus der Ölbranche, vorgeschlagen hätte, die Ölreserven des Landes zu privatisieren, aber erst nachdem die US-Militärverwaltung durch eine neue souveräne Regierung ersetzt worden ist.

Die Bush Administration tendiert dazu, in Plattitüden über die Nutzung der Ölreserven zum Wohle des irakischen Volkes zu sprechen. Bemerkenswert ist aber, dass die Person, die Berichten zu Folge ausgewählt wurde, die Ölproduktion nach dem Krieg zu leiten, ein ehemaliger

Vorstandsvorsitzender der Shell Oil Company war. Philip Carroll arbeitete auch an der Spitze der Fluor Corp., eines jener großen Bau- und Planungsunternehmen, die eingeladen wurden, sich um den Generalkontrakt für den Wiederaufbau zu bewerben.

Carrolls potentieller Interessenkonflikt ist nicht das größte Problem für die Bush Administration bei ihren Plänen für die Ausbeutung der Ölvorräte nach dem Krieg. Die Washington Post berichtete am 3. April 2003, dass die Vereinten Nationen und britische Behörden anmerken, die USA wären rechtlich nicht autorisiert, die irakische Ölförderung zu übernehmen ohne ein neues Mandat des UN-Sicherheitsrates, nicht einmal vorübergehend. Sie argumentieren mit der Tatsache, dass sich die irakische Ölförderung unter der Aufsicht des „oil-for-food“ Programms der Vereinten Nationen befindet.

Im Januar berichteten Platt's Oilgram News von einem Rechtsgutachten des Außenministeriums aus dem Jahr 1976, verfasst nachdem, Israel die Kontrolle über die Ölfelder im Sinai übernommen hatte, die ursprünglich von Ägypten erschlossen worden waren. Das Memorandum kam zu dem Schluss, dass internationales Recht einer Besatzungsmacht nicht das Recht zugesteht, eine Lizenz zur Erschließung des Öls zu erteilen. Es wäre nicht überraschend zu erfahren, dass das State Department jetzt auf der Suche nach einem neuen Rechtsgutachten ist.

Dem Sieger fällt die Beute zu, lautet das Sprichwort. Im Falle dieses Krieges wird die Beute den Geschäftspartner des Siegers zufallen. Sie werden den Menschen im Irak eine deutlich unternehmerische Form der Befreiung bringen.

pmattera@ctj.org
www.corp-research.org

Übersetzung: Tina Plank und Herbert Kaser
ehrenamtliches Übersetzungs-Team, cooditrad@attac.org

Irak, Krieg, Schulden und G8

Von Eric Toussaint. CADTM (Komitee für die Streichung der Schulden der Dritten Welt)

Einige Tage nach dem Beginn der Invasion des Iraks durch amerikanische, britische und australische Truppen schätzte George W. Bush in einer Rede vor dem Kongress, dass der Krieg die Staatskasse voraussichtlich 80 Milliarden Dollar kosten würde. Laut Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen und UNICEF entspricht dies genau jener Summe, die weltweit nötig ist, um den universellen Zugang zu Trinkwasser, Grundbildung, medizinischer Grundversorgung, angemessener Ernährung und gynäkologischer Versorgung und Geburtshilfe (für alle Frauen) zu gewährleisten. Die USA haben die „Meisterleistung“ vollbracht, eine Summe aufzubringen, die in den vergangenen Jahren auf keinem Weltgipfel aufgebracht werden konnte (in Genua konnte die G7 2001 nur eine

knappe Milliarde Dollar für den Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria aufbringen), und sie innerhalb weniger Monate zu verbrauchen. Die 80 Milliarden, die Bush vom Kongress erhalten hat, sind die Summe, die für die Zerstörung des Iraks und die Besetzung des Territoriums bis zum 31. Dezember 2003 erforderlich ist. Die Kosten des Schadens, der durch den Krieg angerichtet wurde, wurden dabei offenbar nicht berücksichtigt.

Als Vorwand für diesen neokolonialen Angriff dienten einmal mehr humanitäre Anliegen, nämlich das Bestreben, für das irakische Volk ein demokratisches Regime einzurichten und die Menschheit vor Massenvernichtungswaffen zu bewahren. Dieser Vorwand ergänzt die lange Liste

der vorgegebenen „humanitären Anliegen“ zur Rechtfertigung schändlicher Operationen zur Eroberung von Gebieten und wirtschaftlicher Plünderungen, von der Evangelisierung Amerikas durch die Conquistadores über den Kampf gegen die Sklaverei, der über die kolonialen Feldzüge Léopolds II hinwegtäuschen sollte bis hin zur Bekämpfung des Terrorismus.

Wer wird aber tatsächlich den Preis für diesen Angriff bezahlen müssen? Der Krieg war noch nicht beendet, als die Finanzminister der 7 reichsten Industrieländer am 10. und 11. April 2003 zusammentrafen, um die Frühjahrsversammlung der Weltbank und des IWF sowie den alljährlichen G8-Gipfel (Anfang Juni in Evian) vorzubereiten. Anlässlich dieses Gipfels wurde die Auslandsschuld des Iraks bei 120 Milliarden Dollar festgelegt – eine Summe, die sogar die Verschuldung der Türkei, eines Landes mit der dreifachen Bevölkerungszahl, übertrifft. Und das ohne Berücksichtigung der Kompensationen, die Irak für die Invasion in Kuwait 1990 zu zahlen hat. Laut Angaben der Finanzminister der G7 beliefen sich die Schulden des Iraks unter Einberechnung dieser Kompensationszahlungen auf 380 Milliarden Dollar. Das hieße, daß der Irak in der „Post-Saddam-Phase“ zu dem traurigen Privileg gelangt wäre, das meistverschuldete Land der Dritten Welt zu sein, weit vor Brasilien, das derzeit mit einer Schuldenhöhe von 230 Milliarden Dollar an der Spitze rangiert. Hauptmotiv hinter diesem willkürlichen Beschluss über die Schuldenhöhe ist es, die Beschlagnahmung der Ölquellen im Irak unter dem Vorwand rechtfertigen, dass damit die Schuldentilgung ermöglicht würde. Damit, dass sie die Latte bei den Schulden besonders hoch anlegen, sichern sich die G7-Länder sich den Vorteil, dass die irakischen Behörden sich während der nächsten Jahrzehnte den Wünschen ihrer Gläubiger fügen müssen. Selbst wenn die militärische Besetzung des Landes zeitlich begrenzt wäre und der Wiederaufbau unter der Führung der UNO stattfände, würde die Politik dieses Landes de facto durch die Gläubiger und die multinationalen Ölkonzerne bestimmt, die dort Konzessionen erhalten würden.

Aus ebendiesem Grund ist die Forderung nach Annullierung der Auslandsschuld des Iraks nicht nur legitim, sondern eine Voraussetzung für die Wiederherstellung der Souveränität des Landes nach dem schändlichen Militärangriff durch die USA. Die im internationalen Recht verankerte Doktrin der so genannten „unrechtmäßigen“ Schulden (odious debts) trifft im Irak voll und ganz zu. Diese Doktrin besagt folgendes: „Falls eine despotische Macht (= das Regime Saddam Husseins, Anm. d. Red.) Schulden nicht für die Bedürfnisse und im Interesse des Staates, sondern zur Stärkung seines despotischen Regimes und zur Unterdrückung der dieses Regime bekämpfenden Bevölkerung usw. macht, so sind diese Schulden für die Bevölkerung des ganzen Staates unrechtmäßig. Diese Schulden stellen keine Verbindlichkeit für das Land dar; es sind die Schulden eines Regimes, eine persönliche Schuld der Macht, die sie aufgenommen hat, folglich verfallen sie mit dem Verfall dieser Macht.“ (Alexander Sack, Les effets des transformations des Etats sur leurs dettes publiques et autres obligations financières,

Recueil Sirey, 1927). Die USA haben diese Doktrin mindestens zweimal in der Geschichte angewendet. Nach ihrem erfolgreichen Angriff auf die spanische Kriegsmarine vor der kubanischen Küste zur „Befreiung“ Kubas von der spanischen Vorherrschaft konnte die amerikanische Regierung Madrid 1898 dazu bewegen, Kuba die Schulden zu erlassen.

25 Jahre später, im Jahr 1923, sprach der Oberste Gerichtshof der USA nach dem Sturz des Diktators Tinoco [1] den Gläubigern Kubas das Recht ab, Schulden einzutreiben, da jene nicht die neue Regierung, sondern lediglich den gestürzten Diktator zur Verantwortung ziehen könnten. 2003 ist es absehbar, dass die Mitgliedsstaaten der G8, sowohl jene vier, die den Krieg unterstützt haben (USA, Großbritannien, Italien, Japan) als auch jene vier, die sich dagegen ausgesprochen haben (Deutschland, Frankreich, Kanada, Russland), sich darauf einigen werden, im Fall des Iraks nicht die Doktrin der „unrechtmäßigen“ Schulden anzuwenden.

Nun liegt es an der Bewegung für eine andere Globalisierung, die Forderung nach der Annullierung der Auslandsschuld des Iraks zu stellen, einhergehend mit weiteren Forderungen wie dem Rückzug der Besatzungstruppen und der vollständigen Ausübung der Souveränität durch die Iraker selbst.

Deutliche Meinungsverschiedenheiten haben die G8 unmittelbar vor dem Angriff auf den Irak gespalten. Man kann davon ausgehen, dass sie versuchen werden, diese Differenzen zu mindern, um in anderen Bereichen gemeinsame Politik zu machen und die neoliberale Globalisierung fortzusetzen. Sie werden versuchen, einen Konsens zu finden, um die Weltwirtschaftskrise (drohender Börsenkrach, Währungsinstabilität, massive Verschuldung des Privatsektors in den industrialisiertesten Ländern) zu bekämpfen und die kommende Ministerversammlung der WTO in Cancun (Mexiko) Anfang September 2003 vorzubereiten. Denn sie haben aus Seattle die Lehre gezogen: Ohne den Konsens zwischen den USA und der Europäischen Union bezüglich der Handelsagenda könnte Cancun zu einem Misserfolg werden. Die Regierungschefs werden von 1-3. Juni zusammenkommen, um gemeinsame Konzepte zu entwickeln.

Die Anti-Kriegs-Bewegung und die Bewegung für eine andere Globalisierung werden ebenfalls anwesend sein.

Für nähere Informationen zu diesem Artikel kontaktieren Sie: cadtm@skynet.be

[1] Siehe auch : Damien Millet, Eric Toussaint, « 50 questions / 50 réponses sur la dette, le FMI et la Banque mondiale », coédition CADTM / Syllepse, Bruxelles / Paris, 2002, S. 163-179 und 184-187

Übersetzung : Cécile_Kellermayr, ehrenamtliches Übersetzungs-Team, coorditrad@attac.org

Coorditrad ist ein Zusammenschluss von ehrenamtlichen ÜbersetzerInnen, die nach ihren zeitlichen Kapazitäten und ihren besonderen Interessen arbeiten. Die Koordination wird von Attac-Mitgliedern in Frankreich wahrgenommen, die ca. 700 ÜbersetzerInnen sind aber auf der ganzen Welt verteilt.

Gegen die marktwirtschaftliche Ausrichtung des Gesundheitswesens. Für den Erhalt der Solidarsysteme

Eine Streitschrift der Projektgruppe „Gesundheitsreform“ von ver.di Stuttgart gegen ver.di

Vorwort

Von Dr. Thomas Böhm, ver.di-Bezirksvorsitzender Stuttgart, und Bernd Riexinger, ver.di-Geschäftsführer Stuttgart:

Der Angriff auf die Sozialsysteme geht in die entscheidende Runde: von der Rente über die Arbeitsmarktpolitik bis zum Gesundheitswesen gibt es nur noch ein Ziel: Senkung der Lohnnebenkosten. Wie ein Trommelfeuer prasseln täglich neue Vorschläge und „Versuchsballons“ auf uns nieder: Ausgliederung der Zahnbehandlung und von Freizeitunfällen aus der gesetzlichen Krankenversicherung, Festschreibung der Arbeitsgeberbeiträge, Einführung von grund- und Wahlleistungen, (...)

Kern all dieser Forderungen ist einerseits die Entlastung der Kapitalseite, die Umverteilung der Lasten der sozialen Sicherungssysteme auf die Bevölkerung und die Kranken, und andererseits die marktwirtschaftliche Ausrichtung des Gesundheitswesens, die Eröffnung von neuen Geschäftsfeldern für die Erwirtschaftung von Gewinnen. (...) Neben der offen reaktionären Variante, die die mehr oder weniger vollständige Zerschlagung des Solidarsystems fordert, gibt es eine zweite Linie die – zumindest bisher – von teilen der SPD/Grünen als auch vom Bundesministerium für Gesundheit verfolgt wurde: Es wird zwar grundsätzlich (und mit weiteren Einschränkungen) am Solidarsystem festgehalten. Dieses festhalten wird aber daran gekoppelt, in noch stärkerem Maß als bisher marktwirtschaftliche Mechanismen in dieses System einzuführen. Schlagworte, die diese Entwicklung kennzeichnen, sind das so genannte „Einkaufsmodell“ der Krankenkassen, die Finanzierung der Krankenhäuser und zukünftig auch des ambulanten Bereichs über Preissysteme.

Die Forderung nach mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen und nach marktwirtschaftlicher Steuerung ist der „kleinste gemeinsame Nenner“ aller „Reform“-vorschläge.

Eine solche Entwicklung wäre nicht weniger gefährlich, da sie das Solidarsystem über kurz oder lang von innen heraus aushöhlen würde.

(...)Die Einführung von Wettbewerbsmechanismen wird seit einiger Zeit auch in Veröffentlichungen von verdi, insbesondere in einem Beitrag für die Frankfurter Rundschau und in der ›Streitschrift‹ ›Qualität und Effizienz‹ von Frank Bsirske, Karl W. Lauterbach u.a., propagiert. ›

Wettbewerb um Qualität‹ sei gut, in jedem Fall aber das kleinere Übel im Vergleich zur offenen Zerschlagung des Solidarsystems. Das Gesundheitswesen müsse durch diesen Wettbewerb fit für die ›Zukunftsaufgaben‹ gemacht werden.

Wettbewerb als Garant für die Zukunftsfähigkeit der Solidarsysteme? Wir halten dies für eine gravierende Fehleinschätzung. Wenn die Politik von ver.di zur kommenden Gesundheitsreform hierauf ausgerichtet wird, lässt sich nach unserer Auffassung kein breites Bündnis zur Verteidigung der Solidarsysteme herstellen und weitere Niederlagen wie bei der Rente und bei Hartz sind programmiert.

Aus diesem Grund nehmen wir den ›Streit‹ mit diesen Positionen und mit der ver.di-Position zum ›Beitragssatzsicherungsgesetz‹ auf. Uns geht es dabei nicht um einen Angriff auf einzelne Personen oder um eine abstrakte innergewerkschaftliche Richtungsdebatte. Wir glauben, dass eine gewerkschaftliche Gegenwehr und ein breites Bündnis gegen die verschiedenen Angriffe auf das Solidarsystem nur möglich sind, wenn man sich über die Richtung der Gegenwehr verständigen kann..

(...).

A) Neues Kapitel in der Gesundheitsversorgung – die Position zum »Beitragssatzsicherungs-Gesetz«

In der offiziellen Stellungnahme von ver.di zu diesem Gesetzentwurf heißt es gleich im ersten Satz:

»Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sehen die Gesetzentwürfe als erforderlich an, um die Finanzgrundlagen der gesetzlichen Krankenversicherung zu stärken. Ver.di begrüßt, daß dies ohne weitere Belastungen der Patientinnen und Patienten und der Versicherten geschehen soll«.

Diese Aussage ist schlicht falsch.

–Wie jede Budgetabsenkung bisher wird auch diese primär zu Sparmaßnahmen auf dem Rücken der Beschäftigten führen. Aufgrund des bereits vollzogenen Personalabbaus lassen sich solche weiteren Personaleinsparungen nicht mehr kompensieren, sondern schlagen unmittelbar auf die Qualität der Versorgung und damit auf die Patienten durch.

Nicht anders verhält sich dies in vielen – zumindest in den kleineren – Arztpraxen. Selbst wenn man unterstellt, dass im niedergelassenen Bereich das geforderte Einsparvolumen über eine Reduzierung der Einkommen der niedergelassenen

Ärzte – insbesondere derjenigen mit hohem Einkommen – aufgefangen werden könnte, bietet eine pauschale Absenkung von Budgets keinerlei Gewähr dafür, dass der Kleinunternehmer »niederge-lassener Arzt« diese Einkommensreduzierung hinnimmt und sie nicht statt dessen an die Patienten und seine Beschäftigten weitergibt. Dies ist sogar die wesentlich wahrscheinlichere Variante, so dass auch hier mit Verschlechterungen sowohl für die Patienten als auch für das Personal zu rechnen ist.

Generell führt eine pauschale Reduzierung von Geldmitteln unter den Bedingungen der finanziellen Steuerung nicht dazu, dass diese Reduzierung durch »sinnvolle« Maßnahmen oder durch Verzicht derjenigen, die es sich leisten können, kompensiert wird. Im Gegenteil: Unter Wettbewerbsbedingungen ist die logische Folge, dass die Sparmaßnahme nach unten durchgereicht wird mit der Folge, dass sowohl eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen als auch der Qualität der Versorgung eintritt. Finanzielle Steuerungsmechanismen sind grundsätzlich blind gegen Qualität und dürfen von ver.di nicht unterstützt werden.

–Auch die Reduzierung des Sterbegeldes (Einsparsumme 350–380 Millionen) ist eine konkrete Verschlechterung für die betroffenen Menschen und reiht sich ein in viele andere Maßnahmen der Umverteilung von unten nach oben – unabhängig davon, ob man der Meinung ist, daß Sterbegeld zum Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) gehören soll oder nicht.

Statt die verstärkte finanzielle Inanspruchnahme der Arbeitgeber und der Reichen zu fordern, wird auch von ver.di eine Nullrunde propagiert und zusätzlich erneute Verschiebepolitik im Zusammenhang mit dem Hartz-Konzept akzeptiert.

Die Tolerierung dieser Nullrunde ist auch ein direkter Angriff auf die Kampffähigkeit der Beschäftigten und macht sie wehrlos gegen die Argumentation der Arbeitgeber, dass angesichts von »leeren Kassen« Lohnerhöhungen und überhaupt die Interessenvertretung von Beschäftigten nicht in die »Landschaft« passen.

Begründet wird die Tolerierung des Vorschaltgesetzes damit, dass die Nullrunde bei sofortiger **Einführung der DRGs (Diagnosis Related Groups = Fallpauschalen)** vermieden werden könnte und dass sich durch die Beteiligung der Krankenhäuser an den **DMP (Disease-Management-Programme = Chronikerprogramme)** ungeahnte neue Einnahmequellen auftun würden.

Beide Argumente sind falsch:

1. Es geht nicht nur um die Reduzierung des »BAT-Ausgleichs« von 0,81 Prozent auf 0 Prozent, sondern um die unerträgliche Wirkung der BAT-Schere als Ganzes. Es wäre also viel mehr notwendig gewesen, insgesamt für eine Aufhebung dieser BAT-Schere zu mobilisieren, anstatt sich damit zufrieden zu geben, dass einige Krankenhäuser doch in den Genuß einer 0,81 prozentigen Erhöhung ihrer Budgets kommen.

2. Die Erhöhung des Drucks auf die Krankenhäuser, nun doch noch ab 01.01.2003 völlig überhastet DRGs einzuführen, hat ausschließlich negative Auswirkungen:
–Es wird für die Beschäftigten ein ungeheuer hoher Arbeits- und Zeitdruck produziert, um dieses Unterfangen doch noch

zu realisieren.

–Eine überhastete Einführung wird durch schlechte Kodierqualität gravierende Langzeitauswirkungen haben, die die Budgets einzelner Krankenhäuser dauerhaft gefährden.

–Es werden die Krankenhäuser belohnt, die sich am schnellsten und eifrigsten marktwirtschaftlichen Mechanismen unterwerfen. Dies ist besonders negativ zu bewerten, weil bereits jetzt klar ist, dass insbesondere Krankenhäuser, die schwere Fälle behandeln und öffentliche Krankenhäuser die klaren Verlierer dieser DRGs sind. Krankenhäuser hingegen, die bereits jetzt eine Patientenselektion betreiben oder sich auf lukrative Standard- und Wahleingriffe beschränken, und insbesondere Privatkliniken werden zu den Gewinnern gehören.

3. Der Hinweis auf die **Disease-Management-Programme (DMP)** ist ein ungedeckter Wechsel auf die Zukunft. Noch ist nicht abzusehen, wann die Herz-Kreislauf-Leitlinie überhaupt vorliegt und wie viel Patienten sich im nächsten Jahr in diese Leitlinie einschreiben.

Zusätzlich ist damit zu rechnen, dass der niedergelassene Bereich mit allen Mitteln versuchen wird zu verhindern, dass Krankenhäuser konkret in die Behandlung einbezogen werden.

Nicht bedacht wird dabei auch, dass die Neueinführung solcher Angebote in den Krankenhäusern auch zu einem deutlich erhöhten Aufwand (sächlicher und personeller Art) führt, bei dem noch vollständig unklar ist, ob die zusätzlichen Einnahmen (soweit es überhaupt solche gibt) hierfür ausreichen.

Angesichts dieser Fakten ist nicht zu erwarten, dass die zusätzlichen Einnahmen im Bereich DMP zum Ausgleich der Ausfälle durch die Nullrunde führen würden.

Insgesamt ist es Ausdruck einer falschen Orientierung, dass ver.di angesichts eines solchen Spargesetzes, das sich gegen Patienten und Beschäftigte wendet, nicht dagegen mobilisiert, sondern sogar in einem Flugblatt dieses Vorschaltgesetz als »Neues Kapitel in der Gesundheitsversorgung!« (infopost Krankenhäuser 11/02) bejubelt.

B) »Qualität und Effizienz« – die Position zur geplanten Strukturreform

Der Versuch der Neuausrichtung der gesundheitspolitischen Position von ver.di und ihre Schädlichkeit läßt sich besonders in bezug auf die geplante Strukturreform der Bundesregierung und die hierzu eingenommenen Positionen nachweisen. Unter dem Schlagwort »Qualität und Effizienz« (siehe die gleichnamige Broschüre, die offiziell eine »Streitschrift« von F. Bsirske, K.W. Lauterbach u.a. ist) bzw. »Wettbewerb um Qualität« wird diese politische Neuausrichtung inszeniert.

1. Einnahmeproblem oder Kostenproblem?

Die Tatsache, dass es sich bei den Konflikten im Gesundheitswesen in erheblichem Umfang um ein Einnahme- und Finanzierungsproblem handelt, wird neuerdings vollständig negiert. Man stimmt vielmehr in den Chor derjenigen ein, die von einem Kostenproblem ausgehen.

Es wird einseitig auf Steigerung der Effizienz, sprich Reduzierung von Kosten, und die Umverteilung von

vorhandenen Mitteln gesetzt (wobei unklar ist, ob es zu einer solchen Umverteilung überhaupt kommt, da wie bereits oben ausgeführt ein finanzielles Steuerungssystem nicht sinnvoll und bedarfsgerecht reagiert, sondern gewinnoptimiert).

Es wird einseitig die Überversorgung und Verschwendung von Geldern ins Visier genommen, ohne zu sehen, dass die Unterversorgung eines großen Teils der Bevölkerung und die Rationierung von Leistungen ein immer größeres Problem darstellt.

Es wird gelehrt, dass es um knallharte Interessensgegensätze geht. Angeblich verlaufen die Fronten zwischen guten und schlechten Leistungsanbietern. Anscheinend nicht mehr zwischen Arbeitnehmern (die den gleichen Zugang zur Gesundheitsversorgung, die sich am medizinischen Bedarf orientiert, zu bezahlbaren Bedingungen und mit akzeptablen Arbeitsbedingungen in den einzelnen Gesundheitseinrichtungen wollen) auf der einen Seite und den Arbeitgebern (die in einem möglichst offenen Markt, den sie am besten nicht selbst finanzieren müssen, viel Geld verdienen wollen).

Statt dessen bezieht man sich kritiklos auf die Mär von den Herausforderungen »zunehmender Multimorbidität der Bevölkerung, gekoppelt mit einer steigenden Lebenserwartung und medizinischen Fortschritt« (Broschüre S. 5). Ein Schreckensszenario, obwohl von Studien widerlegt, das bisher hauptsächlich von denjenigen nachhaltig vertreten wurde, die damit einschneidende Strukturveränderungen im Gesundheitswesen in Richtung mehr Markt erzwingen wollen.

2. Zuviel Geld im System?

Dass hierbei ein völlig falsches Verständnis von der Wirklichkeit der Beschäftigten im Gesundheitswesen vorliegt, zeigt sich unter anderem an folgenden Zitaten: »15 Milliarden zuviel im System.« (verdi-news 15/02) »Dabei geht es um Rationalisierung, nicht um Rationierung von Leistungen.« (ver.di-news 14/02) Beide Aussagen sind inakzeptabel:

Auch wenn es richtig ist, dass es Überversorgung und Verschwendung innerhalb dieses Systems gibt, bestehen aber mindestens genauso viele Defizite und Unterversorgung. Ob die Bilanz finanziell gesehen insgesamt positiv ist (also mehr verschwendete Mittel durch Überversorgung als fehlende Mittel zur Behebung von Unterversorgung), kann mit Fug und Recht bezweifelt werden – zu mindest liegen hierfür keinerlei Daten vor.

Jedenfalls ist es kurzschlüssig zu behaupten, dass das Vorliegen von Überversorgung gleichzeitig auch bedeuten würde, dass zuviel Geld im System ist. Und es widerspricht allen Erfahrungen, dass die schlichte Reduzierung der Geldmittel automatisch zu einer richtigen Zuordnung – also zum Ausgleich der Über- und Unterversorgung führen würde (näheres siehe unten).

Weiter ist einzuwenden, dass die angebotenen Instrumente (Qualitätswettbewerb – näheres s.u.), um die gewünschte Umverteilung von Mitteln zu erreichen, nicht geeignet sind, um einen Ausgleich zwischen Unter- und Überversorgung herzustellen. Wettbewerbsmechanismen werden alle Widersprüche, die bereits jetzt im System vorhanden sind, noch verschärfen. Angesichts der bereits jetzt bestehenden katastrophalen Arbeitsbedingungen der meisten Beschäftigten im Gesundheitswesen undifferenziert weitere Rationalisierungen zu fordern, hat nichts mehr mit einer gewerkschaftlichen Interessensvertretung zu tun.

3. Fit durch Wettbewerb?

Die »neue Politik« wird damit begründet, dass es gelte, die von Seiten der Arbeitgeber und CDU/CSU/FDP geplante Zerschlagung des Solidarsystems zu verhindern. Aus diesem Grund sei es notwendig, zum einen die SPD-Linie zu unterstützen und zum anderen das Solidarsystem durch Wettbewerbselemente quasi fit zu machen, um es vor diesen Angriffen zu schützen.

Beide Argumentationsketten sind falsch:

–Ein Frontalangriff auf das Solidarsystem wäre im Moment politisch (noch) nicht oder nur sehr schwer durchsetzbar, auch wenn er schon lange ideologisch vorbereitet wird. Das Solidarsystem hat immer noch eine zu große Unterstützung in der Bevölkerung.(...)

Die viel größere Gefahr geht im Moment von einer Strategie aus, die dieses Solidarsystem von innen heraus weiter

aushöhlt, indem seine Leistungen verschlechtert und gleichzeitig markt-wirtschaftliche Mechanismen als bessere Alternative propagiert werden. (...) Wenn immer mehr finanzielle Beschränkungen erfolgen, wenn die gleichen Zugangsmöglichkeiten zum System reduziert werden, und wenn die Versorgung selbst immer ungleicher wird, dann wird damit das Vertrauen der Bevölkerung in das Solidarsystem zerrüttet und der Ruf nach einem grundlegenden Wandel wird scheinbar plausibel.

– Marktwirtschaftliche Mechanismen und Solidarität schließen sich aus. Das eine baut auf Konkurrenz und auf die Erzeugung von Gewinnern und Verlierern. Das andere darauf, dass es keine Verlierer gibt. Marktwirtschaftliche Mechanismen machen das Solidarsystem nicht fit, sondern untergraben es, indem sie Ungleichheiten fördern.

4. Qualitätswettbewerb als Ausweg?

Der »Wettbewerb um Qualität« ist eine Schimäre – es gibt ihn nicht, genauso wenig wie den »solidarischen Wettbewerb«. In einem finanziell gesteuerten System ist jeder Wettbewerb letztlich auch ein finanzieller Wettbewerb, der um Kosten, Preisvorteile und um Marktanteile geht und der letztlich bei den Verlierern dazu führt, dass sie vom Markt verschwinden. Dies kann im Interesse der Versorgung der Patienten nicht gewollt sein, weil damit in der Konsequenz eine Bedarfsplanung unmöglich wird.

Dass die »Erfinder« dieser »neuen« Form von Wettbewerb damit nicht wirklich einen Wettbewerb ausschließlich um Qualität meinen, sondern einen ganz normalen Preiswettbewerb, zeigt sich auch daran, dass in den diversen anderen Verlautbarungen des Beraters der Gesundheitsministerin (und jetzt offensichtlich auch von ver.di), Prof. Lauterbach, immer wieder mit ähnlichen, aber in ihrer Bedeutung letztlich sehr unterschiedlichen Begriffen gearbeitet wird. Ist die ver.di-taugliche Variante der »Wettbewerb um Qualität« (Broschüre, S.4), so heißt es in anderen Veröffentlichungen »Wettbewerb um Effizienz und Qualität« oder »Wettbewerb um Wirtschaftlichkeit und Qualität« oder »qualitätsorientierter Wettbewerb« (alle drei Zitate aus Lauterbach u.a. in »Reformen für die Zukunft, Eckpunkte einer neuen Gesundheitsreform« April 02) oder »Wettbewerb um Qualität und Preis« (Glaeske, Lauterbach, Rürup, Wasem in »Experten mahnen eine durchgreifende Reform des Gesundheitswesens an«). Am Ende steht dann: »Wir wollen eine Stärkung des Wettbewerbs« (Ulla Schmidt bei der Begründung des Vorschaltgesetzes im Bundestag) oder »Der ökonomische Marktmechanismus muss die Qualität der medizinischen Versorgung steigern und sichern.« (Lauterbach in führen und wirtschaften 5/02) Mit der letzten Formulierung (»Qualität durch Wettbewerb«) wird die erste (»Wettbewerb um Qualität«) in ihr Gegenteil verkehrt. Aus der Metamorphose der Formulierungen und der sehr unterschiedlichen Couleur der Mitstreiter von K.W. Lauterbach wird klar, dass letztlich an nichts anderes gedacht ist als daran, gewisse Rahmenbedingungen zu setzen und dann einen ganz normalen (Gesundheits-)Markt zuzulassen, in dem sowohl die Anbieter (Krankenhäuser, Niedergelassene) als auch die Käufer (Krankenkassen) nach gewinnorientierten Gesichtspunkten agieren. Die Patienten nehmen in diesem Szenario quasi die Rolle des Werkstückes (»Patientengut«) für die Profitinteressen bzw. Überlebensstrategien der einzelnen Marktteilnehmer ein.

Für die Frage der Bewertung einer solchen Strategie ist es unerheblich, ob man davon ausgeht, dass ihre Befürworter tatsächlich glauben, dass ein solcher »Wettbewerb um Qualität« funktionieren könnte: Ökonomische Gesetzmäßigkeiten wirken unabhängig vom Willen der Menschen oder wie Marx erkannte: »Im Widerstreit zwischen der Wirklichkeit und der Idee blamiert sich im Zweifelsfall immer die Idee«.

5. Die Wettbewerbsinstrumente und ihre Folgen

Die wesentlichen Elemente dieser marktwirtschaftlichen Umgestaltung des Gesundheitswesens sind:

- die Ermöglichung des Mitgliederwechsels unter den Krankenkassen,
- die Einführung eines Preissystems für die Krankenhäuser (DRGs),
- die Einführung eines Preissystems für den niedergelassenen Bereich (DMPs und Fallpauschalen),
- das Einkaufsmodell für die Krankenkassen.

Kassenwechsel – Jagd nach Gesunden

Die verheerenden Wirkungen dieses marktwirtschaftlichen Ansatzes haben sich bereits gezeigt. Bei den Krankenkassen gibt es seither die Jagd nach den Jungen und Gesunden, der krampfhaft mit immer neuen Varianten des Risiko-strukturausgleichs gegengesteuert wird, anstatt grundsätzlich eine andere Richtung einzuschlagen. Ganze – eigens gegründete – Abteilungen beschäftigten sich mit der Frage, wie man den »Konkurrenz«kassen lukrative »Kunden« abjagen kann. Marketing und Werbebroschüren werden zunehmend wichtiger, eine wirkliche Beratung über eine bestmögliche Versorgung gerät immer mehr aus dem Blick. (...)

DRGs – oder der »gesunde Fallmix«

Bei den DRGs sind die ersten Folgen zwischenzeitlich bereits wissenschaftlich untersucht (z.B. M. Simon, »Die Ökonomisierung des Krankenhauses. Der wachsende Einfluss ökonomischer Ziele auf patientenbezogene Entscheidungen«) wird mit der Ausbreitung des Systems in der Praxis für jedermann erkennbar, samt den vorhersehbaren negativen Wirkungen.

Die DRGs als Preissystem sind abzulehnen, da sie einen finanziellen Anreiz zur Patientenselektion setzen – dazu, Patienten zu behandeln, bei denen berechenbar ist, dass die Kosten unter dem zu erzielenden Preis liegen. Dies sind in der Regel Reiche, Junge, Gesunde, besser Ausgebildete und sozial Bessergestellte. Diejenigen, die eine bessere Versorgung hingegen bitter notwendig hätten, werden tendenziell durch den Rost fallen, d.h., den Weg auf die Warteliste oder in die Billigmedizin gehen müssen.

Damit verstärken sie alle Tendenzen zu Unter-, Über- und Fehlversorgung, anstatt sie abzubauen.

Bereits jetzt ist erkennbar, dass (kommunale) Krankenhäuser der Maximalversorgung, die bisher die Hauptlast der Versorgung von Schwerkranken tragen, die Verlierer der DRGs sein werden, und Privatkliniken mit einem ausgewählten und kalkulierbaren Behandlungsspektrum (Wahleingriffe) die Gewinner.

Die Selektion wird also nicht nur in diese Richtung (Vermeidung von schlechten Risiken) gehen. Umgekehrt werden – wie in jedem Marktsystem – die Patienten und die Behandlungsformen Konjunktur haben, bei denen ein

Gewinn zu machen ist.

Damit wird einerseits ein finanzieller Anreiz gesetzt, möglichst nur leichte und ökonomisch überschaubare Fälle zu behandeln und andererseits möglichst viele, auch unnötige Behandlungen durchzuführen, wenn sie sich nur rechnen. (...) Es wird also mit Sicherheit bei lukrativen

Behandlungspfaden (DRGs) zu einer medizinisch nicht zu rechtfertigenden Mengenausweitung und damit zum genauen Gegenteil von »Qualität und Effizienz« kommen.

Des Weiteren ist zu berücksichtigen, dass eine um so höhere Vergütung erzielt werden kann, je kränker die Patienten zumindest bei der Verschlüsselung sind. Bereits jetzt wird bei den Schulungen zur Vorbereitung der DRGs -Einführung in den Krankenhäusern darauf geachtet, dass möglichst jede Chance genutzt wird, mittels der Codierung den maximalen Schweregrad und damit die höchste Vergütung zu erreichen. Grundsätzlich beinhaltet jedes Fallpauschalen-/Preissystem (wie die DRGs) zusätzlich eine massive Tendenz zu Unterversorgung und Rationierung von Leistungen in jedem Einzelfall, weil der Gewinn pro Fall dadurch maximiert werden kann, dass die verordneten/durchgeführten Leistungen und damit die Kosten minimiert werden.

In der Konsequenz werden die DRGs auch dazu führen, dass Patienten viel zu früh entlassen und bei fehlenden ambulanten Versorgungsmöglichkeiten nicht mehr ausreichend versorgt werden. Die sozial betreuenden Funktionen des Krankenhauses werden weitestgehend eliminiert. Den Familien werden zusätzliche Belastungen bei der Pflege/Versorgung aufgebürdet. Da sich jedes Krankenhaus – bei Strafe des Untergangs – überlegen muss, auf welche Fälle es sich unter ökonomischen Aspekten spezialisieren soll, wird es zu Lücken in der flächendeckenden Versorgung kommen.

Nicht zuletzt ist ein Paradigmenwechsel der Werte bei der Behandlung und Pflege von Patienten zu erwarten.

Ökonomische Betrachtungsweisen der Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit von Behandlungen (insbesondere in teuren Grenzfällen oder bei alten und unheilbar Kranken) werden immer mehr an Bedeutung gewinnen und eine Medizin verdrängen, in deren Mittelpunkt der einzelne Mensch und sein Wohl steht. Die Schere im Kopf der Behandler wird Humanität nur als Restgröße einer betriebswirtschaftlichen Betrachtungsweise und seiner »Sachzwänge« zulassen.

DMPs – Preise für ambulante Patienten

Auch die **DMPs (Disease-Management-Programme = Chronikerprogramme)** sind in der Konsequenz nichts anderes als ein solches Preissystem, das im ambulanten Bereich zu denselben Folgen wie die DRGs im stationären Bereich führen wird.

Auch wenn die DMPs – quasi als »niederschwelliges Angebot« oder noch klarer gesagt als »Einstiegsdroge« – im Moment noch für die Patienten freiwillig sind und keinerlei finanzielle Auswirkungen haben (außer Mehreinnahmen für die jeweilig anbietenden Kassen), so ist dieses System letztlich nicht vorstellbar (und von seinen Förderern auch nicht anders gedacht) ohne ein Bonus-/ Malussystem, in dem Patienten dafür belohnt/bestraft werden, wenn sie sich in DMPs einschreiben bzw. nicht einschreiben.

Auch hier ist es am besten, wieder Lauterbach und die Bundesregierung zu Wort kommen zu lassen: »Die mit einem solchen Modell einhergehenden Effizienzgewinne

durch Vermeidung von Fehl- und Überversorgung können an den Versicherten weitergegeben werden.« (Lauterbach in der FR vom 20.11.02) »Die Krankenkassen erhalten die Möglichkeit Anreiz- und Bonussysteme zu etablieren.« (Koalitionsvertrag)

Es ist dann nur noch ein Schritt zu DMPs für unterschiedliche Zielgruppen, die auch unterschiedlich kosten. In Wettbewerbs- und Konkurrenzlogik gedacht: Warum soll man genauso viel zahlen, wenn man etwas mehr für seine Gesundheit tut, wie ein anderer, der nichts tut? Warum soll man nicht für Patienten mit »höherem Sicherheitsbedürfnis« DMPs mit mehr Leistungen anbieten? Auch in bezug auf die Ärzte ist es dann nur logisch und »gerecht«, sie entsprechend zu belohnen, wenn sie die in den Leitlinien festgelegten Ziele erreichen bzw. sie finanziell zu bestrafen, wenn nicht. Der »gute Kunde« in diesem System ist dann der, bei dem wahrscheinlich ist, dass bestimmte Behandlungsziele (z. B. Umstellung der Lebensweise) leichter erreicht werden bzw. der Aufwand hierfür niedriger ist. Also ebenfalls wieder derjenige, der nicht so schwer krank ist, der einen höheren Bildungs- und Sozialstatus hat. Auch hier ist also wieder die Selektion gerade der Patienten mit der geringsten Selbsthilfefähigkeit angelegt.

Für den Patienten resultiert aus den DMPs sowohl eine Einschränkung der freien Arztwahl als auch eine Reduzierung der individuellen Therapiemöglichkeiten und der Auswahl solcher Therapiemöglichkeiten. Die negativen Auswirkungen sind anhand des entsprechenden amerikanischen Systems (»Managed-Care«) ausreichend untersucht (siehe z.B. H. Kühn »managed care«, »Healthismus«).

Ebenfalls in der Logik dieses Systems liegt es dann, die Vergütung für die Behandlung von Patienten in DMPs zu pauschalisieren (siehe USA). Letztlich sind die DMPs dann ebenfalls nichts anderes als die Fallpauschalensysteme im Krankenhaus (DRGs) und im Hausarztbereich.

Ökonomisch notwendige Konsequenz ist, dass jeder niedergelassene Arzt versuchen wird zu erreichen, dass er mit seinen Kosten unter dem festgelegten Preis bleibt, was einen deutlichen Anreiz zur Unterversorgung setzt. Sollte zusätzlich eine ergebnisabhängige Bezahlung (als »Qualitätsanreiz«) implementiert werden (höhere Bezahlung bei Zielerreichung), wird dies ebenfalls zu einer Patientenselektion führen, da aus vielen Studien bekannt ist, dass Patienten aus Mittel- und Oberschichten eher in der Lage sind, auf Lebensstil verändernde Schulungen und Aufklärungen positiv zu reagieren.

Einkaufsmodell – die große Freiheit

Zur Abrundung braucht ein solches System, das den marktwirtschaftlichen Wettbewerb über alles stellt, dann noch die Aufhebung des Kontrahierungszwangs der Krankenkassen und das Recht der Krankenkassen, mit einzelnen Leistungsanbietern Verträge abzuschließen (Einkaufsmodell).

Auch diese Konsequenz ist in der ver.di-Broschüre »Qualität und Effizienz« nur angedeutet: (...) »Den Krankenkassen muss es erlaubt werden, mit qualitätsorientierten Leistungserbringern bei speziellen Leistungen durch ergänzende Verträge bevorzugt zusammenzuarbeiten, ohne dass sie gleichzeitig kollektive Verträge mit Anbietern

schlechterer Qualität schließen müssen.« (S.10) Im ursprünglichen Papier, das der Broschüre zugrunde liegt, veröffentlicht in der Frankfurter Rundschau, hieß es noch: »Wenn den Krankenkassen eine flexiblere Kontrahierung ermöglicht wird, ist eine Bevorzugung von effizienten Leistungserbringern, die gute Qualität anbieten, möglich«, und »Mehr Vertragsfreiheit für Krankenkassen: Durch die Einführung von Qualitätsmerkmalen als Vertragsbestandteil kann ein Qualitätswettbewerb initiiert werden«. In anderen Zusammenhängen äußert sich zumindest einer der Hauptakteure wesentlich deutlicher: »Künftig müssen Krankenkassen und Anbieter freie Verträge im Rahmen der qualitätsorientierten Versorgung schließen können.« (Lauterbach in »Reformen für die Zukunft«, April 02) oder »Zu einer solidarischen Wettbewerbsordnung gehören: (...) Ein Fortfall des Kontrahierungszwangs gegenüber Leistungserbringern und Krankenkassen« (G. Glaeske, Lauterbach, B. Rürup und J. Wasem in »Experten mahnen eine durchgreifende Reform des Gesundheitswesens an«). (...) Selbst wenn das volle Einkaufsmodell nicht schon mit der nächsten »Reform« kommt, führt die innere Logik des Marktverhaltens in kürzester Zeit hierzu. Unter marktwirtschaftlichen Bedingungen ist es selbstredend nicht mehr zu rechtfertigen, dass man gezwungen wird, mit »unwirtschaftlichen« Anbietern Verträge zu schließen. Wenn der Leistungskatalog als solcher feststeht, was sonst als der Preis für eine bestimmte Qualität und Quantität von Leistungen soll Gegenstand der »freien Verträge« sein? Selbst wenn man einmal unterstellt, dass die Angebote dieselbe Qualität hätten, gibt dieses Einkaufsmodell den Kassen die Möglichkeit, einen gnadenlosen Preiswettbewerb um das billigste Angebot durchzusetzen, in dem einfach darauf verwiesen wird, dass es billigere Anbieter gibt und Preisabschläge verlangt werden. Viel wahrscheinlicher als die Vorstellung, dass alle dieselbe Qualität zu unterschiedlichen Preisen anbieten (entsprechend ihrer angeblich unterschiedlichen Effizienz), ist aber eine Entwicklung, bei der sich eben unterschiedliche Preise für unterschiedliche Qualität herausbilden. Schlechtere Anbieter verlören ihre Existenzgrundlage bzw. es würden ihnen so viele finanzielle Mittel entzogen, dass ihnen der Weg versperrt wäre, ihre Qualität zu verbessern. Ihnen bliebe nur übrig, Kosten zu senken, um so eine Chance zu erhalten, doch noch einen Vertrag zu bekommen. Im personalintensiven Dienstleistungsbereich geht dies faktisch nur über eine Reduzierung der Personalkosten, auch wenn dies zusätzlich die Qualität absenkt. Für Anbieter, die unter dem Qualitätsdurchschnitt liegen, würde so eine Spirale in Gang gesetzt, der kaum zu entrinnen ist.

Ergebnis wäre also einerseits, dass Krankenhäuser unter einer bestimmten Qualität verschwinden oder sich nur noch halten können, wenn sie billiger als andere anbieten, mit allen Konsequenzen für die wirkliche Qualität der Versorgung und für die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen der Beschäftigten.

Aber auch bei den »Besseren« würde eine Differenzierung einsetzen, die letztlich wieder über den Preis ausgetragen würde.

Die Gewinner, Leistungsanbieter mit anerkannt guter Qualität, erhielten zusätzliche Mittel, die deren Gewinne steigen ließen, aber auch dem Versorgungssystem als Ganzem damit entzogen würden. Unter den einzelnen

Krankenkassen würde ein Wettbewerb um (teure) Spezialverträge mit diesen Leistungsanbietern beginnen.

Die Patienten würden natürlich ihre Behandlung nur noch bei den anerkannt guten Leistungserbringern durchführen lassen wollen. Wegen des hohen Andrangs müsste dies aber zu langen Wartelisten führen, was in sich schon ein Qualitätsmangel ist.

Folge wäre, dass die »guten« Leistungsanbieter schon deswegen Patientenselektion betreiben müssten. Wer würde sie davon abhalten können, diese Patientenselektion zu ihrem größten wirtschaftlichen Nutzen durchzuführen? Wichtig wäre auch darauf zu achten, dass keine »schlechten Risiken« ins Krankenhaus drängen und den »guten« Qualitätsschnitt verschlechtern.

Das Einkaufsmodell für die Kassen und die damit verbundene finanzielle Steuerung würde also zwangsläufig zu einer Selektion von »schlechten Risiken« führen. »Unlukrative Patienten« würden aber offiziell nicht deswegen abgewiesen, weil sie unlukrativ sind, sondern weil eben nicht genügend Kapazitäten vorhanden sind. Solche Patienten würden die Wahl haben, ob sie noch in der Warteschlange für gute Qualität bleiben, oder vielleicht doch die bekannt schlechtere Qualität hinnehmen, dann aber schneller und mit geringeren Kosten für die Krankenkassen behandelt würden. Denn wenn ein Mangel an qualitativ guten Leistungsanbietern besteht, ist es für die Krankenkassen akzeptabler, Verträge mit Anbietern geringerer Qualität abzuschließen als kein zusätzliches Angebot zu haben. Die »Vertragsfreiheit« für Krankenkassen macht es möglich, auch dieses Angebot zu Marktpreisen einzukaufen. Anstatt derjenigen mit der höheren Effizienz wird derjenige der »Bessere« im Wettbewerb sein, der die geschickteren Patientenselektion durchführt und damit Kosten spart oder sich auf lukrative Behandlungsangebote spezialisiert. Die Krankenhäuser und die anderen Leistungsanbieter würden sich schnell an die neue Lage anpassen. Getrieben von den Ketten der Privatkrankenhäuser, die eine solche Entwicklung seit Jahren forcieren, müsste jedes Haus seine Effizienz erhöhen, indem es dadurch für einen besseren »outcome« sorgt, dass der »income« etwas vorsortiert wird – oder es würde »eben vom Markt verschwinden (R. Schwarz, Geschäftsführer der Sana-GmbH) (...)

Es ist unschwer erkennbar, dass es in diesem geplanten Wettbewerbssystem schnell vorbei ist mit der freien Wahl der besten Qualität. Es wird sehr deutlich, dass Wettbewerb, sobald finanzielle Anreize oder Sanktionen wirken, immer ein ökonomischer Wettbewerb ist, der unterschiedliche Qualitätsangebote zu unterschiedlichen Preisen produziert und auf der anderen Seite unterschiedlich kaufkräftige Patienten, die dann eine unterschiedlich gute Versorgung erhalten.

6. Vom Qualitätswettbewerb zur Differenzierung des Leistungsangebots und der Beiträge

Dies wären aber nur die ersten Konsequenzen. Keinem Patienten wäre auf Dauer erklärbar, warum er für denselben Krankenkassenbeitrag unterschiedliche Qualität erhalten soll. Auch hier ist also die – quasi automatische – Folge, dass es zu unterschiedlichen Kassenbeiträgen für unterschiedliche

Versorgungsstufen kommen würde. Wer etwas mehr hat, kann sich dann halt auch etwas mehr Gesundheit kaufen. Man hört förmlich schon die Beschwörungsformeln der Neoliberalen: »Schluss mit der ewigen Gleichmacherei, stärkere Berücksichtigung der Individualität der Menschen! Arme und Ungebildete wissen doch gar nicht, was sie mit so viel Gesundheit anfangen sollen – und im übrigen sind sie eh selber schuld«

Das wäre dann auch das Ende des einheitlichen Leistungskatalogs, der vorher ja noch als »Ordnungsrahmen im Wettbewerb« vorausgesetzt wurde. Und es wäre das Ende eines solidarischen Gesundheitswesens.

Den Arbeitgebern wäre es dann selbstverständlich nur noch zumutbar, den Mindestbeitrag für die niedrigste Versorgungsstufe mitzufinanzieren (wenn überhaupt). So hätte die paritätische Finanzierung ebenfalls ihr »natürliches« marktwirtschaftliches Ende gefunden. Es soll uns keiner erzählen, dass Gesundheitsökonomien solche Zusammenhänge und Mechanismen nicht kennen, dass sie also wirklich glauben, man könne den Weg des Wettbewerbs beschreiten, ohne seine notwendigen Folgen zeitigen zu müssen.

7. Qualitätssicherung als Gegensteuerung?

Doch halt, rufen da unsere Gesundheitsökonomien vereint mit diversen Gewerkschaftsvertretern: »Ihr vergeßt die heilende Wirkung von Transparenz und Qualitätssicherung!« Wir befürchten, dass auch diese Karte nicht sticht.(...)

»Qualitätsmanagement«, als angeblich dem Wettbewerb gegensteuerndes Element, ist in Wirklichkeit darauf ausgerichtet, interne Prozesse zu optimieren, also ebenfalls Rationalisierungsmaßnahmen einzuleiten oder dem Marketing nach außen zu dienen und damit mehr auf Kundenzufriedenheit, als auf echten Qualitätszuwachs zu setzen.(...)

Die gängigen Qualitätsvergleiche – oder neudeutsch »Benchmarking« – haben herzlich wenig mit der wirklichen Qualität zu tun: Gerade durch das Herauslösen und Messen nur einzelner Eigenschaften oder Teilergebnisse der gesamten Behandlung wird eben nicht die ganzheitliche Qualität der Tätigkeit beurteilt, sondern Einzelaspekte, die mehr oder weniger willkürlich sind bzw. nach den Interessen derjenigen ausgewählt wurden, die die jeweiligen Kennzahlen festlegen.

Hinzu kommt, dass der »input« den »outcome« bestimmt. Wer schwerere Fälle behandelt, hat »schlechtere« Ergebnisse. Selbst bei möglichst objektiver Beschreibung des Schweregrads der behandelten Fälle bleibt immer noch ein individueller Faktor, der nicht gemessen und normiert werden kann: Patienten sind kein Werkstück, schon deshalb hat eine objektive Messung ihre natürliche Grenze.

8. Mehr Transparenz – Schein und Wirklichkeit

Auch die qualitätsfördernde Wirkung von »mehr Transparenz« ist tunlichst zu bezweifeln. Wesentliche Methode zur Herstellung dieser Transparenz sind Benchmarking-Vergleiche. Grundprinzip dieser Vergleiche ist, dass das »Ist« nicht mehr mit einem »Soll« abgeglichen wird (ein solches wird auch gar nicht mehr definiert – wer braucht in Zeiten der Deregulierung noch

Normen), sondern irgendwo irgendwer gesucht wird, der sich dafür eignet, die eigenen Beschäftigten unter Druck zu setzen – sei es bei der Vergütung oder bei den Arbeitsbedingungen. (Arbeitszeit in Polen, Löhne in Portugal usw.) Verbindendes Glied ist immer die Spirale nach unten, die mit solchen Vergleichen in Gang gesetzt werden soll.

Neben der Tatsache, dass solche Vergleiche interessen-geleitet sind, gibt es aber noch einen Haken: Solche »Benchmarks« sind in aller Regel nicht vergleichbar, weil zu viele unterschiedliche Rahmen- und Ausgangsbedingungen ausgeblendet werden. In unserem Fall gibt es Krankenhäuser mit unterschiedlichen räumlichen Bedingungen, unterschiedlichen Vorhaltekosten, und vor allem mit unterschiedlichen Patienten.

Wenn Zahlen veröffentlicht werden, ist also damit zu rechnen, dass diese Zahlen Äpfel mit Birnen vergleichen und/oder dass sie geschönt werden. Im Effekt entsteht jedoch (was schlimmer ist) ein finanzieller Anreiz, das Patientengut zu selektieren, um bessere Zahlen zu bekommen und massiven Druck auf die Beschäftigten auszuüben, um durch noch mehr Arbeitshetze Qualitätseinbußen trotz Einsparungen zu verhindern.

Hinzu kommt: Wenn die Ergebnisse von Statistiken in der Konsequenz über die Existenz der Einrichtungen, über die Arbeitsplätze oder über Leistungsprämien entscheiden, sind »legale« Manipulationen durch die Akteure, z.B. durch frühzeitige Verlegungen und Entlassungen und verstärkte Absicherungsmedizin, absehbare Folgen. Bestimmte Patientengruppen werden unerwünschte Patienten. Wer wird sich noch seine »Qualitätsstatistik« mit risikoreichen Fällen verderben lassen? Im »transparenten Wettbewerb« um Qualität scheuen Leistungsanbieter das medizinische Risiko.

Die Vergleichbarkeit von Qualitätsuntersuchungsergebnissen und Kennzahlen in den Gesundheitsbetrieben sind also nach bisherigen Erfahrungen sehr zu bezweifeln. Zu unterschiedlich ist auch die Vorstellung von Qualität. Und komplizierte Details sind allemal nicht vermittelbar.

So bleibt vielleicht die Feststellung, dass vorgegebene Mindestmengen bei medizinischen Maßnahmen in den einzelnen Einrichtungen erreicht werden. Es ist aber zu bezweifeln, ob dieser »Erkenntnisgewinn« ausreicht, um einen Verdrängungswettbewerb zu rechtfertigen, der Betriebe und Arbeitsplätze in großer Zahl in Frage stellt.

9. Der Patient als Kunde mit Marktübersicht?

Auch der Patient eignet sich nicht als Kontrolleur der Qualität. Er ist zumeist in einer schwierigen Ausnahmesituation, was allein schon die Vorstellung verbietet, dass er sich wie der Käufer eines Konsumartikels einen differenzierten Überblick verschafft.

Der Patient befindet sich durch sein Kranksein in einer Position der Unsicherheit, Schwäche, Abhängigkeit und Hilfsbedürftigkeit. Dies erfordert besonderen Schutz. Der Patient muss informiert und gefragt werden. Und er muss vertrauen können. Zu diesem Zweck muss die medizinische Behandlung von ökonomischen Interessen soweit wie

möglich befreit sein. Wie soll Vertrauen entstehen, wenn eine finanzielle Beeinflussung von medizinischen Entscheidungen befürchtet werden muss?

Der Patient ist meist fachlich nicht in der Lage zu bestimmen, ob die Behandlungsqualität gut oder schlecht war. Unter diesem Dilemma verändert sich Qualität schnell in Zufriedenheit. Interessant ist hierbei die Zufriedenheit der erwünschten, also der lukrativen Kunden. Für ihre Zufriedenheit wird in den Krankenhäusern durch Verbesserung der so genannten Hotelleistungen zunehmend investiert. Und ein stets freundlicher Dilettant verbreitet unter Umständen mehr Zufriedenheit als ein erfahrener Griesgram.

Trotzdem gehen – abseits jeder Realität Bsirske, Lauterbach u.a. – von Patienten mit universalem Marktüberblick aus. Da Krankheitsgeschehen und -verläufe sehr individuell sind und Ärzte einen großen Ermessensspielraum bei der Behandlung haben, führt finanzielle Steuerung der Versorgung zu medizinischen Entscheidungen, die meist unerkannt von den ökonomischen Sachzwängen mehr oder weniger stark beeinflusst werden.

Gleichzeitig ist eine verbindliche Normierung von Behandlungen nur sehr begrenzt möglich und im Einzelfall unter Umständen falsch. Kritik von Beschäftigten in Gesundheitseinrichtungen über echte Qualitätsprobleme in der Versorgung dringen nur ausnahmsweise nach außen. Aus ökonomischen Gründen, hier um Qualitätsmängel zu verbergen, üben Arbeitgeber bei Kritik eher Druck auf die von ihnen abhängig Beschäftigten aus oder versuchen z. B. über Zulagen für bestimmte Beschäftigte eine Interessengleichheit mit den ökonomischen Zielen des Betriebes herzustellen – auch wenn dies zu Lasten der Versorgungsqualität geht. Öffentliche Kritik auch von Chefärzten wird in Kliniken immer wieder mit Sanktionen bis hin zu Kündigungen verfolgt. Die Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeberverbände und die Deutsche Krankenhausgesellschaft fordern die tarifliche Absenkung der Einkommen aller Krankenhausbeschäftigten zugunsten von Leistungsprämien einzelner für »pünktliche Leistungserbringung«. Echte Qualitätsmängel werden unter diesen Bedingungen nur in Extremfällen sichtbar.

Vor zwei Jahren hat ver.di's Vorläufergewerkschaft ötv noch in einer Broschüre gewarnt: »Inwieweit der fachliche Erkenntnisstand tatsächlich genutzt wird, um die Güte einer erbrachten Leistung zu beurteilen und weiterzuentwickeln, muss bezweifelt werden. Solange wirtschaftliche Einzelinteressen und ökonomische Effizienz im Gesundheitswesen vorherrschen, werden diese auch immer die Güte gesundheitlicher Dienstleistungen bestimmen.« Diese Aussage hat nichts von ihrer Gültigkeit verloren. Um Fehlinterpretationen unserer Position zu vermeiden: Es geht nicht darum, schlechte Qualität zu verbergen oder aufrechtzu-erhalten. Sie muss offen gelegt und verbessert werden. Dies geht aber – ohne eine Zweiklassenmedizin und immer schlechtere Arbeitsbedingungen zu befördern – nur mit einer Steuerung über qualitative Normen und Verfahren, über die Bereitstellung der notwendigen Mittel, über Bedarfsplanung, über Erziehung und Qualitätskontrolle. Eine solche bedarfsorientierte Steuerung ist aber etwas

fundamental anderes als die Steuerung über die »unsichtbare Hand« des Marktes, die neben ihren schädlichen Folgen für eine solidarische und einheitliche Gesundheitsversorgung auch noch zig Arbeitsplätze kosten würde.

Zusammenfassend sieht man also, dass der »Wettbewerb um Qualität« keinerlei Garantie für Qualität bietet, sondern umgekehrt, Qualität gegen Wettbewerb durchgesetzt werden muss.

Wettbewerb führt – genau wie in allen anderen Bereichen des Wirtschaftslebens – nicht zu mehr Qualität, sondern zur Aufspaltung des Angebots in ein hochpreisiges und hochqualitatives Angebot für wenige Reiche und ein niederpreisiges und niederqualitatives Angebot für die große Mehrzahl von uns. Da es sich bei Gesundheit nicht um Güter handelt, auf deren Genuss man im Zweifelsfall verzichten kann, muss eine solche Entwicklung verhindert werden.

Ist also Qualität für den Großteil der Bevölkerung über Wettbewerb nicht herstellbar und damit die eine Hälfte des neuen gesundheitspolitischen Credos von Bsirske, Lauterbach und Schmidt reine Theorie, so ist auch der andere Begriff (»Effizienz«) zu schillernd, um dahinter eine starke gewerkschaftliche Bewegung zu versammeln und gesundheitspolitisch sinnvolle Ziele durchzusetzen.

10. »Mehr Effizienz« – eine gewerkschaftliche Forderung?

Die Forderung nach »mehr Effizienz« ist nicht geeignet als Mobilisierungsformel für Gewerkschaften.

Der Begriff Effizienz ist offen für unterschiedliche Interessen. Arbeitgeber sind immer für eine Erhöhung der Effizienz, um ihren Profit zu steigern. Beschäftigte können für eine Erhöhung der Effizienz nur sein, wenn hierdurch unsoziale Folgen (Mehrbelastungen, Abbau von Arbeitsplätzen) vermieden werden und wenn im Gegenteil eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, eine Reduzierung der Arbeitsbelastungen, mehr Freizeit und verbesserte Löhne dadurch realisiert werden.

Der Effizienzbegriff beinhaltet keine Festlegung darüber, wie die »Effizienzgewinne« verwendet werden. Unter den gegebenen Machtverhältnissen bedeutet »mehr Effizienz« lediglich Steigerung der Profite und Mehrbelastung der Beschäftigten, kombiniert mit einer schlechteren Versorgungsqualität, kurz Umverteilung von unten nach oben.

Es wird immer so getan, als ob Qualität und Effizienz ein Begriffspaar sei, das zusammengehört, und als ob das eine das andere bedingen würde.

Da Effizienz betriebswirtschaftlich gesehen nur das Verhältnis von Ergebnis zu Aufwand beschreibt, läßt sich eine Effizienzsteigerung auch dadurch erreichen, dass bei einer Absenkung der Qualität schlicht der Aufwand noch mehr abgesenkt wird.

Damit ist eine Effizienzsteigerung nicht zwingend mit einer Qualitätssteigerung und auch nicht mit konstanter Qualität verbunden. Unter finanziellen Steuerungsbedingungen und damit unter dem Diktat, seine Existenz zu sichern, indem man Gewinne bzw. mehr Gewinne als der Konkurrent macht, ist eher das Gegenteil wahrscheinlich.

Ob die Qualität konstant gehalten oder verbessert wird, läßt sich eben nicht über finanzielle Steuerungsmechanismen gewährleisten, sondern nur über sachlich gerechtfertigte Strukturveränderungen und Qualitätssicherungsmaßnahmen. Jedenfalls ist überhaupt nicht gesichert, dass bei Effizienzsteigerungen irgendeine Verbesserung bei den Beschäftigten bzw. bei den Patienten ankommt. Es scheint vielmehr so zu sein, dass die zunehmende Benutzung des Wortes Qualität im Zusammenhang mit der Einforderung von mehr Effizienz nur die sozialverträgliche und letztlich populistische Garnierung von Verschlechterungen ist: Je mehr rationiert und rationalisiert wird, um so mehr ist von Qualität und ihrer Sicherung die Rede.

11. EU-Recht als Falle für das Solidarsystem

Durch Transparenz, Kalkulierbarkeit und finanzielle Steuerbarkeit werden Gesundheitsdienstleistungen nicht zuletzt börsenfähig gemacht, da das finanzielle Risiko für Aktionäre eher einschätzbar wird. Damit leistet die Ausrichtung auf den Wettbewerb gleichzeitig auch einer Entwicklung Vorschub, Gesundheitsdienstleistungen weltweit handelbar zu machen.

In diesem Zusammenhang sei noch darauf hingewiesen, dass eine Entwicklung in Richtung Wettbewerbssystem gravierende Folgen auf Grund der EU-Gesetzgebung und Rechtsprechung hat.

Zwar haben Staaten grundsätzlich das Recht, bestimmte Teile der Daseinsvorsorge staatlich oder solidarisch zu organisieren und damit dem Wettbewerb und den Bestimmungen über den freien Waren- und Dienstleistungsaustausch und dem gleichberechtigten Marktzugang aller Anbieter zu entziehen. Wenn sie allerdings ein System der Daseinsvorsorge unter wettbewerblichen Bedingungen betreiben, müssen sie auch die o.g. Bestimmungen umsetzen.

Dies bedeutet: Wenn ein Staat zunehmend Wettbewerbselemente in ein Solidarsystem implementiert, fällt dieses System ab einem bestimmten Punkt vollständig unter die EU-Bestimmungen zum freien Waren- und Dienstleistungsverkehr. Damit wird jegliche staatliche Subvention unzulässig, andere Anbieter müssen dieselben Rechte erhalten usw. Kurz, die »Mitbewerber« können ein vollständig marktwirtschaftliches System erzwingen, wenn ein bestimmtes Maß an wettbewerblichen Mechanismen eingeführt ist.

Dies hat Auswirkungen sowohl auf die Krankenkassen (die Privatversicherungen können verlangen, dass die Zwangsmitgliedschaft entfällt und sie ebenfalls Verträge abschließen können), auf die Krankenhäuser (Öffentlichen Trägern kann verboten werden, ihre Häuser zu subventionieren) und letztlich auf alle anderen Bereiche des Gesundheitswesens. Bereits jetzt gibt es entsprechende juristische Gutachten im Auftrag der Privatversicherungen und der privaten Krankenkassen.

Eine solche Entwicklung wäre das endgültige Aus für das Solidarsystem. Sie wird aber systematisch und auch juristisch dadurch herbeigeführt, dass Schritt für Schritt Wettbewerbselemente implementiert werden.

C) Gegen Wettbewerb – für den Ausbau des Solidarsystems

Die Propagierung von »Qualität und Effizienz« ist keine ausreichende Plattform, um gewerkschaftliche Positionen zur Zukunft des Solidarsystems zu umreißen. Insbesondere dann nicht, wenn Wettbewerb als Mittel zur Erhaltung und zum Ausbau eingesetzt werden soll.

Im Gegenteil: Wettbewerb im Gesundheitswesen hat grundsätzlich (für die Mehrzahl der Patienten und für die Beschäftigten) eine qualitätsmindernde Wirkung. Wettbewerb setzt Anreize zu Minderversorgung, zu sozialer Benachteiligung und zu einer verstärkten Aufspaltung dieser Gesellschaft auch bei der Behandlung von Krankheiten.

Statt also auf Wettbewerb als Steuerungs- und Allokationsmechanismus zu setzen, sollte ver.di sich klar hiergegen aussprechen und statt dessen fordern

- 1. die Sicherstellung der Finanzierung des Gesundheitswesens durch stärkere Heranziehung der Unternehmer** (z.B. durch eine Wertschöpfungsabgabe) und der Reichen.
- 2. notwendige und sinnvolle Strukturveränderungen im Interesse der Bevölkerung, der Beschäftigten und der Patienten.**

Solche Forderungen sind z.B.:

- für eine integrierte Versorgung, (lokale/regionale Versorgungszentren)
- für die Stärkung von Prävention und Rehabilitation
- für eine Öffnung der Krankenhäuser für die ambulante Behandlung und die Abschaffung des Niederlassungsmonopols
- für die Abschaffung der Privatbehandlung in Praxen und Krankenhäusern und die Schließung von Privatstationen
- für eine Vergütung der (ambulant tätigen) Ärzte, unabhängig von der Leistungserbringung (feste Einkommen nach BAT)
- für Behandlungsleitlinien, als Empfehlungen an die behandelnden Ärzte
- für eine Positivliste
- für eine einheitliche Versicherungspflicht und
- für die Reduzierung der Konkurrenz zwischen den Kassen

Es spricht auch nichts dagegen, Qualitätsprüfungen von einzelnen Einrichtungen durchzuführen, diesen Einrichtungen, wenn die Qualität nicht stimmt, Verpflichtungen zur Verbesserung aufzuerlegen und wenn diese Verpflichtungen nicht erfüllt werden, diese Einrichtungen auch aus dem Versorgungsauftrag herauszunehmen. (Sichergestellt werden muss dabei, dass solche Prüfungen nicht lediglich als Mittel zur Kostendämpfung genutzt werden und dass es klare Regeln und Verfahrensweisen gibt.)

Dies bleibt aber immer eine Entscheidung, die auf der sachlichen Ebene getroffen werden muss. Sie kann nicht über finanzielle Steuerungsmechanismen und über den Markt realisiert werden. Solche Strukturveränderungen können tatsächlich die Qualität des Gesundheitswesens verbessern. Dies drückt sich auch im letzten Satz der »Berliner

Erklärung« von ver.di aus, in der es heißt: » **Insgesamt ist es erforderlich, dass in Einrichtungen des Gesundheitswesens der Einfluß von Markt und Wettbewerb durch Regeln eingedämmt und durch qualitative Vorgaben gesteuert wird, damit das Gesundheitswesen sich am Bedarf orientiert, allen Patientinnen und Patienten einen diskriminierungsfreien Zugang bietet und Arbeitsplätze sichert.**«

Die neueingeschlagene Linie, die in der Broschüre »Qualität und Effizienz« propagiert wird, steht in gravierendem Widerspruch zu dieser Aussage.

Sie steht auch im Widerspruch zur Zusammenarbeit mit ATTAC in Fragen der Sicherung der sozialen Systeme. Man kann nicht mit ATTAC gemeinsam sagen » **Gesundheit ist keine Ware**« und sie gleichzeitig durch die Einführung und Entfaltung von Wettbewerbsmechanismen zu einer solchen machen.

Originäres Ziel von Gewerkschaften war schon immer, Wettbewerb unter den Arbeitnehmern abzubauen, um Solidarität aufbauen zu können. Dazu dienen Tarifverträge, insbesondere die Flächentarifverträge.

Gewerkschaften dürfen nicht zulassen, dass Arbeitnehmer als Beitragszahler, als Patient oder als Beschäftigte im Gesundheitswesen durch Wettbewerb in Gewinner und Verlierer geteilt werden.

Gewerkschaften müssen in der Gesundheitspolitik ihr Hauptaugenmerk darauf legen, diejenigen zu schützen, die die geringste Selbsthilfefähigkeit haben und am schlechtesten allein auf dem Markt bestehen können. Nur so ist der gleiche Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle zu sichern.

Zusammengefaßt bedeutet dies, dass gerade **die** politische Strategie, die das Solidarsystem durch »Fit machen für den und durch den Wettbewerb« vor den Angriffen reaktionärer Strömungen schützen soll, dieses System Schritt für Schritt zu Fall bringt. Diese Strategie muss scheitern bzw. wird das genaue Gegenteil von dem erzeugen, was sie bezwecken soll.

Zwischen einer solidarischen und einer marktwirtschaftlicher Ausrichtung des Gesundheitssystems gibt es keinen Mittelweg.

Was notwendig ist, ist ein Zurückdrängen von Markt und Wettbewerb im Gesundheitswesen und stattdessen ein Mehr an planerischen Vorgaben, die über qualitative und bedarfsorientierte Mechanismen durchgesetzt werden.

Die 75 Unterzeichner sind Gewerkschaftsvertreter, Ärzte und Gesundheitspolitiker aus dem Bezirk Stuttgart, aber auch aus anderen Städten.

Die Liste der Unterzeichner und der vollständige Text: <http://hometown.aol.de/Verdikkhs/KritikanNeuausrichtung.pdf>